



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 12.04.2024 bis 19.04.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Armenien: Wie geht es den Flüchtlingen aus Berg-Karabach?	4
Australien: Angegriffener Bischof vergibt Täter	5
Australien: Angriff mit Stichwaffe in einer Kirche	6
Deutschland: Fehrs nennt iranischen Angriff auf Israel „schändlich“	7
Deutschland: Heftige Debatte-Bundestag beschließt Selbstbestimmungsgesetz	8
Deutschland: Jugendliche Islamisten sollen Anschläge auf Kirchen geplant haben	9
Deutschland: Kommission ändert Islam-Passage im CDU-Grundsatzprogramm	10
Deutschland: Kontroverse Reaktionen zum Selbstbestimmungsgesetz	11
Deutschland: Kurzer „Kongress“- Polizei löst Treffen von Israelhassern auf	12
Deutschland: Nach dem iranischen Angriff	13
Deutschland: Springhart beklagt Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit	14
Deutschland: Stigmatisiert das neue Grundsatzprogramm der Union Muslime?	15
Deutschland: Tausende Teilnehmer beim „Marsch fürs Leben“	16
Deutschland: Wer geht, verliert alles	17
Deutschland: „Licht im Osten“- Hilfe für Ukrainer verändert Leben	19
Deutschland: „Marsch fürs Leben“ - Tätliche Angriffe und Sabotage	20
Deutschland: „Religionsfreiheit ist ein unverzichtbares Menschenrecht“	21
Europa: ALfA wirft Europaparlament Barbarei vor	22
Großbritannien: Langjährige Haftstrafen nach Schüssen vor einer Kirche	23
Haiti: Das Chaos macht sich breit	24
Israel: Großangriff des Iran aus der Luft abgewehrt	25
Israel: Versorgung im Gazastreifen	26
Kasachstan: Nothilfe für bedürftige Familien angekommen	27
Kongo: „Die Situation in und um Goma verschlechtert sich von Tag zu Tag“	28
Malawi: Ordensfrau misshandelt	29
Myanmar: Pastor während Gottesdienst angeschossen	30
Neuseeland: Kirchen drohen, ihren langjährigen Status der Steuerbefreiung zu verlieren	31
Nicaragua: Schließt Botschaft in Deutschland	32
Nigeria: Anwaltsgruppe fordert Einstufung der Fulani-Militanten als Terroristen	33
Nigeria: Vorwurf - Nigerias Regierung tut zu wenig gegen Entführungen	34
Pakistan: Opfer der Unruhen in Jaranwala bekommen Hilfe	35

Polen: 50.000 Teilnehmer beim „Marsch für das Leben“	36
Sudan: Vor einem Jahr begann der Bürgerkrieg	37
Tansania: Überschwemmungen in Rufiji	38
Uganda: Christin ermordet - Evangelist verletzt	39
Uganda: Evangelist ermordet – Mutter und Tochter verletzt	40
Uganda: Muslim soll seine christliche Mutter getötet haben	41
Ukraine: Hunderte Kinder bei Leihmüttern bestellt und nicht abgeholt	42
Vietnam: Beamter leugnet öffentlich religiöse Diskriminierung	43

Armenien: Wie geht es den Flüchtlingen aus Berg-Karabach?

Fast 120 000 Armenier, allesamt nominelle Christen, flohen aus ihrer alten Heimat Berg-Karabach, als diese 2023 von Aserbaidschan erobert wurde. Die meisten von ihnen befinden sich jetzt in Armenien, einem armen Land, das darum kämpft, die Bedürfnisse der Neuankömmlinge zu befriedigen, die in den Häusern entfernter Verwandter oder in Kirchenräumen untergebracht sind. Christliche Hilfsorganisationen tun alles in ihrer Macht Stehende, um die akute Lebensmittelknappheit der Menschen zu lindern, die nun in einem für sie neuen Land ein neues Leben beginnen müssen.

Barnabas-Fonds/Bridgeway Publications 15 April 2024/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Australien: Angegriffener Bischof vergibt Täter

Mar Mari Emmanuel kritisierte gewalttätige Reaktion seiner Anhänger auf Anschlag

Sydney (IDEA) – Der in einer Kirche in Sydney angegriffene Bischof Mar Mari Emmanuel hat dem Täter öffentlich vergeben. Am 15. April hatte ein Mann während eines Gottesdienstes in der orthodoxen Kirche „Christ The Good Shepherd“ mit einem Messer auf den 53-Jährigen eingestochen, als dieser die Predigt hielt. Der Täter verletzte drei weitere Personen, darunter einen Priester. Das Video von der Tat löste vor der Kirche gewaltsame Ausschreitungen zwischen der Polizei und Anhängern des Bischofs aus. Sie forderten, dass der Angreifer an sie ausgeliefert wird. Die Polizei musste den Täter zeitweise zu seiner eigenen Sicherheit in der Kirche festhalten. Sie gab mittlerweile bekannt, dass es sich bei dem Angreifer um einen 16-Jährigen handelt. Er soll nach dem Angriff auf Arabisch über den Propheten Mohammed gesprochen haben. Die Tat wurde als Terroranschlag eingestuft. In einem [Video](#) vom 18. April äußerte der Bischof im Blick auf den Täter: „Und ich sage zu ihm, du bist mein Sohn. Ich liebe dich und ich werde immer für dich beten.“ Darüber hinaus ermahnte der assyrische Geistliche seine Anhänger zu einem christusgemäßen Verhalten: „Jesus hat uns nie gesagt, wir sollen Vergeltung üben.“ Jesus habe niemals dazu aufgerufen, auf den Straßen zu kämpfen, sondern zu beten. Als Christ müsse man stets gesetzeskonform handeln und mit der Polizei zusammenarbeiten. Er erinnerte an das Gebot der Nächstenliebe: „Wer immer dieser Nächste ist, wir müssen ihn lieben und respektieren.“ Nach der Terrorattacke riefen die australischen Kirchen zum Gebet für Frieden auf. Gegenüber der britischen Nachrichtenplattform „Premier Christian News“ (London) erklärte der Präsident des Nationalen Kirchenrats in Australien (NCCA), Pfarrer John Gilmore: „Wir dürfen uns nicht in Verurteilungen und Urteile flüchten, sondern müssen die Gewalt einschränken, damit sie sich nicht ihren Weg durch die Gemeinschaft als Ganzes bahnt.“ Bei all den vorhandenen Unterschieden sei man dazu aufgerufen, friedlich und ruhig miteinander zusammenzuleben.

Wer ist Mar Mari Emmanuel?

Zu Bischof Mar Mari Emmanuel: Er ist eine in Australien umstrittene Persönlichkeit mit Hunderttausenden Anhängern. Der gebürtige Iraker wurde 2009 zum Priester und 2011 zum Bischof der Alten Heiligen Apostolischen und Katholischen Kirche des Ostens gewählt. Nach der Suspendierung 2014 gründete er 2015 eine unabhängige Kirche mit ostsyrischem Ritus. Der Geistliche ist bekannt für seine Bemühungen um den Erhalt des assyrischen Erbes und der assyrischen Kultur sowie für sein Eintreten für die Rechte der Assyrer. Laut dem australischen Nachrichtenportal „News.com.au“ wurde er während der Corona-Pandemie bekannt, weil er sowohl die damaligen Maßnahmen als auch Impfstoffe kritisierte. Das Coronavirus habe er als „nur eine andere Art von Grippe“ und die öffentlichen Gesundheitsmaßnahmen als „Massensklaverei im Kern“ bezeichnet. Neben Anti-LGBTQ-Predigten soll er nach Angaben der Nachrichtenplattform unter anderem behauptet haben, Satan habe die Vereinten Nationen gegründet. Allein auf YouTube hat der Bischof 100.000 Abonnenten, auf Instagram 192.000 Anhänger.

Australien: Angriff mit Stichwaffe in einer Kirche

Sydney: Unter den Verletzten ist der Bischof Mar Mari Emmanuel

Sydney (IDEA) – In Sydney sind bei einem Angriff in einer Kirche mindestens vier Menschen durch Stiche verletzt worden. Das berichtet der australische Hörfunksender „Australian Broadcasting Corporation“ (Ultimo). Der Vorfall ereignete sich während eines Gottesdienstes am 15. April in der orthodoxen Kirche „Christ The Good Shepherd“. Unter den Opfern ist auch Bischof Mar Mari Emmanuel, der auf den Sozialen Medien mit mehr als 125.000 Instagram-Abonnenten eine große Anhängerschaft hat. Ein Video zeigt, wie er am Altar predigte, während sich ihm ein Mann im schwarzen Kapuzenpullover näherte. Der Täter stach dann mehrmals auf den Geistlichen ein. Welchen Gegenstand er dafür benutzte, war nicht erkennbar. Andere Gemeindemitglieder versuchten, ihn zu stoppen. Dabei wurden drei weitere Personen verletzt. Laut der Kirche sind die Opfer in einem stabilen Zustand. Die Gemeinde bittet auf Instagram um Gebet für die Verletzten, aber auch für den Täter. Dieser wurde von der Polizei festgenommen. Die Hintergründe für die Tat sind noch unklar. Bereits am 13. April war es in einem Einkaufszentrum in Sydney zu einer Messerstecherei gekommen. Dabei starben sechs Menschen. Weitere wurden verletzt. Der Täter wurde von einer Polizistin erschossen.

Deutschland: Fehrs nennt iranischen Angriff auf Israel „schändlich“

EKD-Ratsvorsitzende warnt alle Seiten vor weiterer Eskalation

Hamburg/Stuttgart/Hannover (IDEA) – Führende evangelische Kirchenvertreter haben die Luftangriffe des Iran auf Israel scharf verurteilt. In der Nacht zum 14. April hatte Teheran mit über 300 Drohnen und Raketen israelische Ziele attackiert. Davon konnte das israelische Militär mit Hilfe seiner Verbündeten mehr als 99 Prozent abschießen, so ein Sprecher. Das Mullah-Regime sprach von einem Vergeltungsschlag. Die amtierende EKD-Ratsvorsitzende, Bischöfin Kirsten Fehrs (Hamburg), nannte die Angriffe in einer Stellungnahme „schändlich und völkerrechtswidrig“. Sie forderte „im Interesse der leidenden Menschen in Israel und in Gaza“ alle Seiten eindringlich auf, „jede Aktion zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation dieser extrem angespannten Lage führen kann“. Die internationale Gemeinschaft müsse alles tun, um einen Krieg zu verhindern. Der württembergische Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl (Stuttgart) hatte noch in der Nacht des iranischen Angriffs erklärt, dass die Kirche in diesen Stunden an der Seite Israels stehe. Man müsse daran erinnern, „dass alles mit dem Pogrom der Hamas an Israel begann“. Und nach wie vor seien noch viele israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister äußerte: „Das Existenzrecht Israels ist unantastbar, und die internationale Gemeinschaft muss alles dafür tun, dass es nicht infrage gestellt wird.“

Deutschland: Heftige Debatte-Bundestag beschließt Selbstbestimmungsgesetz

Jeder kann künftig per Erklärung beim Standesamt Geschlechtseintrag ändern

Berlin (IDEA) – Nach einer emotionalen Debatte hat der Deutsche Bundestag am 12. April mit deutlicher Mehrheit das Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Von den 636 Abgeordneten stimmten 374 dafür und 251 dagegen. Elf Parlamentarier enthielten sich der Stimme. In der Aussprache hatten sich Redner der Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP hinter den Gesetzentwurf gestellt. Vertreter von CDU/CSU, AfD und der Gruppe „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) übten scharfe Kritik daran. Das bisherige Transsexuellengesetz gehört damit der Vergangenheit an. Das neue Gesetz ermöglicht es künftig, jährlich Geschlechtseinträge und Vornamen per Erklärung gegenüber dem Standesamt zu ändern. Auch für Minderjährige ist das möglich. Für unter 14-Jährige kann aber nur der gesetzliche Vertreter die Erklärung abgeben, über 14-Jährige können dies mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters tun. Sollte dieser nicht zustimmen, kann das Familiengericht die Zustimmung ersetzen, „wenn die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen dem Kindeswohl nicht widerspricht“.

Queer-Beauftragter: Unterstützung aus den Kirchen

Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, der Parlamentarische Staatssekretär Sven Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen), sprach von einem „zutiefst liberalen Gesetz“, das die staatliche Bevormundung von Menschen beende und ihre Persönlichkeitsrechte stärke. Auch in den Kirchen gebe es Unterstützung für das Gesetz, so vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und den Evangelischen Frauen. Lehmann appellierte an die Abgeordneten der CDU/CSU, auf die Kirchen zu hören und für das Gesetz zu stimmen. Die Transfrau Nyke Slawik (Bündnis 90/Die Grünen), sagte, es sei höchste Zeit, dass die langwierigen und teuren Gutachten zur Geschlechtsänderung abgeschafft würden. Anke Hennig (SPD) sprach von einem guten Tag: „Wir schreiben ein Stück Geschichte.“ Das neue Gesetz ermögliche es jetzt auch Kindern, einfacher ihre geschlechtliche Identität auszuleben.

Union: Es fehlt der Kinder- und Jugendschutz

Heftige Kritik übten dagegen Rednerinnen der Unionsparteien. Susanne Hierl (CSU) beklagte den fehlenden Kinder- und Jugendschutz im Gesetz: Ein Kind im Alter von fünf Jahren ist nicht in der Lage, die Tragweite dieser Entscheidung zu überblicken.“ Außerdem sei kein Nachweis über eine Beratung zum Geschlechterwechsel notwendig. Ferner bestehe die Gefahr, dass Männer das Gesetz missbrauchten, um in Räume für Frauen einzudringen. Katrin Helling-Plahr (FDP) hält diese Sorge für unbegründet, da nach wie vor das Hausrecht gelte. Mareike Wulf von der CDU nannte das Gesetz „gesellschaftlichen Sprengstoff“. Jeder Bürger könne das Geschlecht wechseln. Einem möglichen Missbrauch werde nichts entgegengesetzt.

Wagenknecht (BSW): Gesetz ist frauenfeindlich

Die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht bezeichnete das Gesetz als frauenfeindlich: „Wenn sich Männer per Sprechakt zur Frau erklären lassen können, gehören Frauenschutzrechte der Vergangenheit an.“ Die Politikerin verwies auf Berichte in Spanien. Demnach hätten Männer die Möglichkeit, ihr Geschlecht ändern zu lassen, dazu genutzt, um in Frauenhäuser zu gelangen, wohin ihre Ex-Partnerinnen geflüchtet seien. Wagenknecht zufolge dürfen Bürger in Deutschland zwar nicht mehr frei über ihre Heizung entscheiden, aber dafür alle zwölf Monate ihr Geschlecht ändern. Der AfD-Abgeordnete Martin Reichardt nannte das Gesetz „ideologischen Unfug“. Kinder würden in Situationen gebracht, die sie hoffnungslos überforderten. Reichardt verwies darauf, dass sich geschlechtsangleichende Operationen zwischen 2007 und 2021 versiebzehnfacht hätten.

„DemoFürAlle“: Schwarzer Tag für den Kinderschutz

Die Sprecherin der „Aktion für Ehe und Familie – DemoFürAlle“, Hedwig von Beverfoerde (Magdeburg), erklärte zu der Entscheidung: „Heute ist ein schwarzer Tag für den Kinderschutz. Durch die Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes werden Tausende Kinder und Jugendliche mit Identitätskonflikten den Verlockungen der Trans-Lobby ausgeliefert.“ Auch wenn die Ampel-Regierung behauptete, das Gesetz hätte nichts mit trans-medizinischen Maßnahmen zu tun, so räume es doch alle schützenden Hürden aus dem Weg.

Deutschland: Jugendliche Islamisten sollen Anschläge auf Kirchen geplant haben

Amtsgericht Düsseldorf erlässt drei Haftbefehle

Düsseldorf (IDEA) – Das Amtsgericht Düsseldorf hat Haftbefehle wegen Terrorverdachts gegen drei Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren erlassen. Die Beschuldigten seien dringend verdächtig, einen islamistisch motivierten Terroranschlag geplant zu haben, teilte die Düsseldorfer Generalstaatsanwaltschaft mit. Ihnen wird die Verabredung zu Mord und Totschlag in Tateinheit mit der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vorgeworfen. Die Beschuldigten befinden sich laut Zentralstelle Terrorismusverfolgung Nordrhein-Westfalen in Untersuchungshaft. Die Haftbefehle seien bereits an Ostern erlassen worden. Laut der BILD-Zeitung wollten die Beschuldigten im Namen der Terror-Organisation „Islamischer Staat“ Christen in Kirchen und Polizisten in Polizeiwachen mit Messern und Molotowcocktails angreifen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um eine 15-jährige Jugendliche aus Düsseldorf, einen 15-Jährigen aus dem Landkreis Soest und eine 16-Jährige aus dem Märkischen Kreis. Die Jugendlichen sollen sich über ihre Pläne in einer Chatgruppe ausgetauscht haben, so die BILD-Zeitung weiter. Bei den Planungen sollen unter anderem Kirchen und Synagogen als Anschlagziele genannt worden sein.

Deutschland: Kommission ändert Islam-Passage im CDU-Grundsatzprogramm

Nach einer kontroversen Debatte hat die Antragskommission die Passage über den Islam im geplanten neuen CDU-Grundsatzprogramm geändert.

IIRF-D/pro/Tübingen/18.04.24 - „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“ Dieser Satz wird sich wohl nicht im neuen Grundsatzprogramm der CDU finden. Stattdessen steht dort nun „Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland.“ Das bestätigte am Dienstag eine Parteisprecherin auf Nachfrage des Evangelischen Pressedienstes (epd).

Über das Grundsatzprogramm stimmt der CDU-Parteitag ab, der vom 6. bis 8. Mai in Berlin stattfindet. Die von der Antragskommission beschlossene Passage zum Islam beginnt jetzt den Angaben zufolge mit

den Worten: „Muslime sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft.“

Keine Einflussnahme aus dem Ausland

Zudem bekennt sich die CDU dazu, Forschung und Lehre der islamischen Theologie und die Ausbildung von deutschsprachigen Imamen an deutschen Hochschulen weiter auszubauen. Es müssten Alternativen

zur Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und zur Entsendung von Imamen aus dem Ausland gefunden werden. „Es darf keine Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden, Islamverbände, muslimische Organisationen und deutsche Muslime geben“, heißt es in der entsprechenden Passage.

Anders als die großen Kirchen und jüdische Gemeinden haben Moscheegemeinden keine klassischen Mitgliederstrukturen, tun sich daher in der Regel schwer mit dem Status einer Körperschaft und ziehen keine Steuer ein. Viele islamische Gemeinden greifen auch aus finanziellen Gründen auf Imame aus dem Ausland zurück. Besonders kritisch wird das im Fall türkischer Imame betrachtet, die von der staatlichen Religionsbehörde in Ankara entsendet werden. Ein Problem für die Etablierung organisatorischer Strukturen ist zudem, dass die meisten Muslime in Deutschland nicht in den größeren Verbänden organisiert sind, wie auch die Passage für das CDU-Grundsatzprogramm konstatiert. „Wir unterstützen sie dabei, sich in Deutschland zu organisieren“, heißt es darin zu diesem Punkt.

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/kommission-aendert-islam-passage>

Deutschland: Kontroverse Reaktionen zum Selbstbestimmungsgesetz

Theologisch Konservative kritisieren die Missachtung der Schöpfungsordnung

Berlin (IDEA) – Das am 12. April vom Deutschen Bundestag verabschiedete [Selbstbestimmungsgesetz](#) hat in kirchlichen Kreisen kontroverse Reaktionen hervorgerufen. Zum Hintergrund: Das neue Gesetz ermöglicht es künftig, jährlich Geschlechtseinträge und Vornamen per Erklärung gegenüber dem Standesamt zu ändern. Auch für Minderjährige ist das möglich. Für unter 14-Jährige kann aber nur der gesetzliche Vertreter die Erklärung abgeben, über 14-Jährige können dies mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters tun. Sollte dieser nicht zustimmen, kann das Familiengericht die Zustimmung ersetzen, „wenn die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen dem Kindeswohl nicht widerspricht“, so das Gesetz. Der theologisch konservative Arbeitskreis Bekennender Christen in Bayern (ABC/Lohr am Main) beklagt in einer Stellungnahme, dass das neue Gesetz „biologische Gegebenheiten“ missachte. Der ABC bestreite zwar nicht, dass es Menschen gebe, die an ihrem biologischen Geschlecht litten. „Als problematisch empfinden wir aber, dass die Geschlechtlichkeit mit dem neuen Gesetz scheinbar in das Belieben jedes und jeder Einzelnen gestellt wird und dass damit die gute Schöpfungsordnung Gottes infrage gestellt wird.“ Zudem bedauert der Arbeitskreis, dass sich die Kirchen kaum an der Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz beteiligt hätten. Ausnahme sei ein Beitrag des katholischen Passauer Bischofs Stefan Oster gewesen. Biblisch-theologische Argumente hätten in den Voten und Diskussionsbeiträgen fast keine Rolle gespielt. Zur Aufgabe der Kirche gehöre es nicht nur, ihr Mitgefühl mit Menschen auszudrücken, „sondern den Willen Gottes und die Möglichkeiten von Veränderung und Selbstannahme im Glauben aufzuzeigen“. Der ABC verweist außerdem darauf, „dass Menschen, die sich zunächst als trans empfunden haben, durch die Begegnung mit Christus ihr zunächst als irritierend empfundenen Geschlecht annehmen konnten. Dies ist wohl gemerkt kein Rezept, sondern Gnade.“

Lutherischer Konvent: Folge der Entchristlichung

Der Vorsitzende des Lutherischen Konvents im Rheinland, Pfarrer i. R. Winfrid Krause (Buggingen), kritisierte nach einer Mitteilung, dass durch das neue Gesetz „der bisher selbstverständliche Schutz von Frauen und Kindern in sensiblen Bereichen (Toiletten, Duschen, Schwimmbäder, Saunen, Umkleidekabinen, Frauenhäuser) praktisch abgeschafft“ werde. Jeder männliche Sexualtriebhaber könne sich einfach zur Frau erklären und habe dann das Recht, „in solche Schutzzonen einzudringen, seinen Voyeurismus aufdringlich auszuleben oder gar sexuelle Missbrauchsgewalt auszuüben“. Es bleibe zu hoffen, daß dieses mehrfach gegen das Grundgesetz verstoßende Gesetz vor das Bundesverfassungsgericht gebracht und verworfen werde. Seit die Christen in Deutschland und Europa zu einer gesellschaftlichen Minderheit geworden seien, gingen bisher selbstverständliche, kulturell prägende biblische Vorgaben und Orientierungen im demokratisch gesetzten staatlichen Recht mehr und mehr verloren, so Krause. Sowohl die Abtreibung ungeborener Kinder als auch der assistierte Suizid Sterbewilliger und jetzt auch geschlechtsumwandelnde Operationen an Minderjährigen und Erwachsenen seien sehr gewaltsame, das Wesen und die Würde des Menschen erheblich verletzende Eingriffe in die Natur. „Man wundert sich, daß eine einst für den Natur- und Umweltschutz gegründete Partei wie die Grünen heute solche ideologischen Perversionen betreibt. Aber ohne den Glauben an den Schöpfer der Natur und des Menschen sind solche – aus der Geschichte des Marxismus bekannten – tödlichen politischen Widersprüche wohl unvermeidlich. Sie sollten in einer freien Gesellschaft aber nicht unwidersprochen bleiben, sondern im Namen der Vernunft entschlossen bekämpft werden.“

Evangelische Frauen begrüßen das Gesetz

Die Evangelischen Frauen in Deutschland (EFiD/Hannover) begrüßen das neue Gesetz hingegen. Deren Vorsitzende, Pfarrerin Angelika Weigt-Blätgen, erklärte laut einer Mitteilung, dass die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes einen „theologisch wie menschenrechtlich“ gebotenen Schritt darstelle. Er markiere „einen Paradigmenwechsel von der medizinischen Pathologisierung hin zur Selbstbestimmung von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen“. Die stellvertretende Vorsitzende der EFiD, Susanne Kahl-Passoth, bezeichnete das Gesetz als „Meilenstein“ im „Kampf gegen Diskriminierung und für eine inklusive Gesellschaft“. Die EFiD betrachten zudem die Streichung der ursprünglich vorgesehenen Regelung, bei einem Wechsel des Geschlechtseintrags die Daten automatisch an Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben, als Stärkung der Rechte und des Schutzes der betroffenen Personen. Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen), hatte am 12. April in der Plenardebatte darauf hingewiesen, dass die EFiD sowie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK/Berlin) das Gesetz befürworteten.

Deutschland: Kurzer „Kongress“- Polizei löst Treffen von Israelhassern auf

Zu dem „Palästina-Kongress“ waren 250 Personen gekommen

Berlin (IDEA) – In Berlin hat die Polizei am 12. April nach wenigen Stunden ein Treffen von Israelhassern aufgelöst. Bei dem bis zum 14. April geplanten „Palästina-Kongress“ sollten israelfeindliche Redner aus dem In- und Ausland auftreten. Die etwa 250 Teilnehmer wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die Polizei begründete den Abbruch damit, dass ein Redner zugeschaltet worden sei, für den in Deutschland ein „politisches Betätigungsverbot“ bestehe. Es soll sich um den palästinensischen Autor Salman Abu Sitta gehandelt haben. Der 86-Jährige soll nach Medienberichten Anfang des Jahres in einem Blog geschrieben haben, dass er an dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 teilgenommen hätte, wenn er jünger gewesen wäre. Veranstalter des „Kongresses“ war die Gruppe „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Sie wirft Israel in Gaza Völkermord und Deutschland Beihilfe vor. Im Vorfeld hatten zahlreiche Organisationen gegen die Veranstaltung protestiert, darunter das „Bündnis gegen antisemitischen Terror“ und „Christen an der Seite Israels“ (CSI). Die Polizei hatte nach eigenen Angaben am 12. April rund 900 Beamte im Einsatz. Bis zum ursprünglich vorgesehenen Abschluss waren rund 2.500 Polizisten eingeplant. Der Veranstalter des „Kongresses“ rief für den 13. April zu einer Demonstration gegen die Auflösung der Veranstaltung auf.

Deutschland: Nach dem iranischen Angriff

Zentralrat der Juden fordert Schließung von islamischem Zentrum

Nach dem iranischen Angriff auf Israel fordert der Zentralrat der Juden eine Schließung und ein Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH). „Spätestens jetzt sollte jedem klar sein, wer hinter dem IZH steht: ein verbrecherischer Staat, der einen Terrorkrieg gegen die westliche Welt und Israel führt – übrigens nicht erst seit dem vergangenen Wochenende“, erklärte der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster, der „Welt“ (Dienstag). Der Verein steht [im Verdacht](#), sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung zu richten und der vom Iran unterstützten Terror-Organisation Hisbollah nahezustehen.

aus israelnetz.de

Deutschland: Springhart beklagt Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit

Die Landesbischöfin äußerte sich vor der badischen Landessynode

Bad Herrenalb (IDEA) – Die badische Landesbischöfin Heike Springhart (Karlsruhe), hat vor Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit in Deutschland gewarnt. Es sei unerträglich, dass auch hierzulande jüdische Gemeinden seit Anfang Oktober noch größeren Gefahren ausgesetzt seien und dass antisemitische Parolen auf den Straßen wieder laut werden, sagte die Kirchenleiterin am 16. April auf der Frühjahrstagung der badischen Landessynode in Bad Herrenalb. Am 7. und 8. Oktober 2023 hatte die radikalislamische Hamas ein Massaker an israelischen Zivilisten verübt. Springhart betonte: „Wir stehen an der Seite der jüdischen Gemeinden.“ Ebenfalls mit Sorge sehe sie in Deutschland die gleichzeitig wachsende Muslimfeindlichkeit und einen Generalverdacht gegen muslimische Menschen.

Kein Nährboden für menschenverachtende Fantasien

Die Landesbischöfin erteilte „Hass und Hetze, rechtsextremistischem Gedankengut und menschenverachtenden Reden“ eine Absage: „Der Ton wird rauer an den Rathaustischen, in den Parlamenten und bei dem, was uns allen tagtäglich in die E-Mailfächer rauscht – auch in den kirchlichen Debatten. Die demokratischen Kräfte und das parlamentarische Gleichgewicht geraten in Europa immer mehr unter Druck.“ „Menschenverachtende Fantasien“, die unter dem Etikett „Remigration“ die Multikulturalität der Gesellschaft infrage stellten, dürften keinen Nährboden haben, so Springhart.

Zur ForuM-Studie

Die Landesbischöfin bezog auch Stellung zu den Ergebnissen der [ForuM-Studie](#). Zum Hintergrund: Die Studie „Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen“ kam zu dem Ergebnis, dass der Umgang der evangelischen Kirche mit sexualisierter Gewalt sowie deren Aufarbeitung mangelhaft ist. Springhart: „Wir müssen die strukturellen Bedingungen für Prävention, Intervention und Aufarbeitung selbstkritisch unter die Lupe nehmen.“ Dazu brauche es die Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen. „Um der betroffenen Menschen und um unserer Glaubwürdigkeit als Kirche willen müssen wir alles daran setzen, dass Aufarbeitung, Prävention und Intervention gelingen“, so Springhart.

Mehr Mut zu Innovationen

Abschließend richtete die Landesbischöfin den Blick auf die Zukunftsprozesse der Landeskirche. „Die Bezirke haben wesentliche Entscheidungen getroffen, Kooperationsräume sind gebildet – und ob das alles trägt und funktioniert, ob die Strukturen und die Regelungen einer kraftvollen und strahlenden Kirche dienen – das werden wir uns immer wieder fragen müssen.“ Nicht alles, was Tradition sei, müsse weg – und nicht alles sei verheißungsvoll, nur weil es neu ist. „Aber wir brauchen mehr Mut zu echten Innovationen. Nicht nur als Orchideen, sondern als aufblühende und sich ausbreitende Gänseblümchen, die nach und nach eine Wiese strahlend weiß machen.“

Deutschland: Stigmatisiert das neue Grundsatzprogramm der Union Muslime?

Die CDU will im Mai ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Für Verärgerung sorgen Formulierungen zum Islam.

IIRF-D/pro/Tübingen/18.04.24 - Das christliche Medienmagazin pro veröffentlichte einen Beitrag von Norbert Schäfer zur Debatte um das neue Grundsatzprogramm der CDU:

»Die CDU will auf einem Parteitag im Mai ein neues Grundsatzprogramm verabschieden. Die Partei erteilt darin möglicher Einflussnahme ausländischer Regierungen auf Moscheegemeinden und Islamverbände hierzulande eine Absage. An Formulierungen zur Sicht der Partei über den Islam in Deutschland entzündet sich aber Unmut.

Ursprünglich hatte es im Entwurf zu dem neuen Grundsatzprogramm der CDU gelautet: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“ Die Formulierung hatte bereits im Dezember 2023 für Kritik gesorgt. Unter anderem hatte der Parteivorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, in der Formulierung eine rhetorische Ausgrenzung einer Bevölkerungsgruppe gesehen. Aus der kritisierten Formulierung wurde jüngst: „Muslime sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft.“ Zudem hat eine Kommission der Partei noch den Satz „Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland“ in einem Abschnitt des Entwurfs eingefügt

Mazyek: „anti-muslimische Ressentiments“

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat auch die Neufassung der strittigen Formulierung zu Muslimen im Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms kritisiert. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) teilte der Zentralratsvorsitzende Aiman Mazyek am Donnerstag mit, die Neufassung sei „ein weiterer Versuch der Christlich Demokratischen Union in trüben Gewässern zu fischen, um Muslime zu stigmatisieren“.

Mazyek hält ausschließlich „eine Formulierung, die alle Weltanschauungen und religiösen Gemeinschaften anspricht“ für akzeptabel. Dass lediglich der Islam in der Formulierung herausgegriffen werde, rücke die Religion in ein schlechtes Licht. Diese selektive Vorgehensweise bediene „anti-muslimische Ressentiments und Stereotype, abseits der breiteren Debatte über eine sogenannte Leitkultur“, lautet es in dem RND-Bericht.

Gegenüber dem Nachrichtensender n-tv erklärte der Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei, am Donnerstag: „Wir sind nicht bereit, jede Ausprägung des Islams zu akzeptieren“, und weiter: „Deswegen ist hier eine klare Ansage notwendig.“«

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/stigmatisiert-die-union-muslime>

Deutschland: Tausende Teilnehmer beim „Marsch fürs Leben“

München: Regensburger Bischof Voderholzer sprach bei der Schlusskundgebung

München (IDEA) – Unter Beteiligung katholischer Bischöfe hat am 13. April der 4. „Münchner Marsch fürs Leben“ stattgefunden. Der Veranstalter – der Verein „Stimme der Stillen“ – spricht von 6.000 Teilnehmern, die Polizei von 3.000. Der Marsch wurde von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. An einer Gegendemonstration des „Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung“ nahmen laut Polizei rund 1.000 Personen teil. Sie forderten ein „Menschenrecht auf Abtreibung“. Beim „Marsch für das Leben“ dabei waren der katholische Bischof von Regensburg, Rudolf Voderholzer, sowie die Weihbischöfe von Augsburg und Rottenburg-Stuttgart, Florian Wörner und Thomas-Maria Renz. Die katholischen Bischöfe von Eichstätt und Passau, Gregor Maria Hanke und Stefan Oster, hatten ein Grußwort geschickt. Voderholzer sprach bei der Schlusskundgebung auf dem Königsplatz. Er sagte: „Wir geben denen eine Stimme, die noch keine oder keine mehr haben, und diese Stimme werden wir uns nicht verbieten lassen. Wer uns daran hindern will, ist ein Feind der Demokratie.“ Voderholzer betete mit den Teilnehmern und spendete ihnen den Segen. Die Publizistin Birgit Kelle wandte sich dagegen, den Marsch zu diskreditieren. Der Einsatz für Mütter in Not sei weder rechts noch links, sondern ein Auftrag der Verfassung. Die britische Lebensrechtlerin Isabel Vaughan-Spruce rief dazu, die Stimme gegen das Unrecht der Abtreibung zu erheben, auch wenn es unbequem sei. Sie war zweimal wegen stillen Betens vor einer Abtreibungsklinik verhaftet worden. Im Dezember 2022 sprach ein Gericht Vaughan-Spruce frei. In Großbritannien verbietet ein Gesetz, jemand vor einer Abtreibungsklinik zu beeinflussen. Die Veranstalter des Münchner Marsches bezeichneten diesen als großen Erfolg. Sie riefen den zweiten Samstag nach Ostern als alljährlichen Pro-Life-Samstag in München aus. Der nächste dortige Marsch fürs Leben ist für den 3. Mai 2025 geplant.

Deutschland: Wer geht, verliert alles

Zwei TV-Dokumentationen zeigen die eigenartige Welt von zwei christlichen Sondergemeinschaften: den Zeugen Jehovas und den Amischen, IDEA Reporter Karsten Huhn hat die Filme gesehen.

Fast jeder wurde von ihnen schon mal besucht. Die Zeugen Jehovas sind bekannt für ihre Haustürmission, sie ist für jedes Mitglied Pflicht. Die Besuche gelten als das Herzstück der Organisation und werden intern als „Predigtendienst“ bezeichnet. Die Dokumentation „Die Zeugen Jehovas: Bibelfest, freundlich, kompromisslos“ des französischen Filmemachers Vincent Néquache erzählt mit hohem Tempo von der Sondergemeinschaft, die heute weltweit etwa acht Millionen Mitglieder hat; darunter 170.000 in Deutschland. Die Ende des 19. Jahrhunderts in den USA gegründete Glaubensgemeinschaft bezeichnete sich zunächst als „Bibelforscher“ und benannte sich später um in „Zeugen Jehovas“. Für 1914 kündigten sie den Weltuntergang an, ein weiteres Mal für 1975. Zu Wort kommen in dem Film vor allem Aussteiger. Sie berichten ausnahmslos Schreckliches: Eng und streng sei die Gemeinschaft, sie übe totale Kontrolle und Zensur. Jeder, der nicht zu den Zeugen gehöre, so die Lehre der Zeugen, werde in der Schlacht von Armageddon getötet. Wer nicht mehr zur Bewegung gehören wolle, werde von Familie und Freunden verstoßen.

Korrekte Kleidung, klebrige Theologie

Äußerlich achten die Zeugen Jehovas auf korrekte Kleidung. Die Männer tragen bei ihren Missionseinsätzen meist Anzug und Krawatte, die Frauen Kleider. Abgesehen von den „Predigtdiensten“ halten sich die Zeugen Jehovas von Nicht-Mitgliedern fern: Freundschaften pflegen sie nur innerhalb der Gemeinschaft. Das erzeugt einen hohen Klebeeffekt. Umso schwerer fällt ein Austritt: Wer geht, verliert zunächst alles. Geleitet werden die Zeugen Jehovas von einer „Leitenden Körperschaft“ in New York, die derzeit aus acht Personen besteht. „Die Bibel war dort nebensächlich, es ging hauptsächlich um die Regeln der Organisation“, sagt Raymond Franz. Er war von 1971 bis 1980 leitendes Mitglied, wurde ausgeschlossen und schrieb danach zwei kritische Bücher über die Zeugen Jehovas. Äußerst kurz abgehandelt wird die Haltung der Zeugen Jehovas während des Nationalsozialismus: Weil sie sich Hitler nicht beugten, kamen sie in die Vernichtungslager – ausgestattet mit einem lila Dreieck als Erkennungszeichen. Charakteristisch für die Zeugen ist die Verquickung von Bibel, Gesetzlichkeit und skurrilen Sonderregeln: Geburtstage und Weihnachten feiern sie nicht; Bluttransfusionen lehnen sie ab – auch wenn das im Notfall das Leben kosten kann.

„Ein Paradies für Pädophile“

Breiten Raum nimmt in der Dokumentation die Vertuschung von sexueller Gewalt an Kindern bei den Zeugen Jehovas ein: Weltliche Gerichte schaltet die Gemeinschaft nicht ein. Um intern einen Täter zur Rechenschaft zu ziehen, müssen zwei Mitglieder die Tat bezeugen; die Aussage eines Kindes reicht nicht aus. Diese Geheimhaltungspolitik sei ein Freibrief für Täter, „ein Paradies für Pädophile“, sagen Betroffene von sexueller Gewalt. Die Dokumentation überzeugt mit ihrer Faktendichte – sie weist jedoch auch eine Schwäche auf: Die Zeugen Jehovas selbst kommen nicht zu Wort. Gerne hätte man gehört, wie sie ihre Theologie begründen und was sie auf Kritik erwidern.

Schlichte Kittel, wilde Bärte

Sie fahren Pferdekutsche statt Auto, ihre Häuser haben weder Strom noch Telefon und schon gar kein Internet. Sie leben zurückgezogen als Farmer, melken ihre Kühe per Hand und holen ihre Ernte ohne Mähdrescher ein. Romantisch wirken die Landschaftsaufnahmen der Dokumentarfilmerin Melanie van der Ende in den US-Bundesstaaten Pennsylvania und Ohio. Im 19. Jahrhundert waren die Amischen aus Deutschland, Elsass und der Schweiz dorthin ausgewandert. Heute gibt es etwa 360.000 Amische. Sie sind meist kinderreich, die Frauen tragen schlichte Kittel und Hauben, die Männer Hüte und wilde Bärte. Ihr Name leitet sich ab von ihrem Begründer Jakob Ammann (1644–1730), einem Schweizer Mennonitenprediger. (Der Name der Mennoniten wiederum leitet sich ab vom niederländisch–friesischen Pfarrer Menno Simons (1496–1561); aber das ist eine andere Geschichte.) Die Dokumentation bietet interessante Einblicke in die sonderbare Welt der Amischen: Sie leben Einfachheit statt Reichtum, Arbeit statt Müßiggang. Ihre Regeln wirken skurril, aber nicht bedrohlich: Der Gebrauch einer Nähmaschine ist gestattet, eine Waschmaschine dagegen nicht; ein Sonnenkollektor ist erlaubt, ein Traktor nicht – aber drei Dörfer weiter können bei anderen Amisch-Familien schon wieder andere Regeln gelten. Als Zeichen von Demut und Bescheidenheit kommt ein Vertreter der Amischen barfuß zum Gespräch. Sein Gesicht filmen lassen, möchte er nicht: „Das würde den Blick zu sehr auf uns selbst richten.“ Frauen dürfen arbeiten, bis sie verheiratet sind oder das erste Kind bekommen, danach kümmern sie sich um Kinder und Haushalt. Die Amischen haben eigene Schulen und eigene Schulbücher; gelehrt wird die Bibel. Die Schulpflicht reicht nur bis zum 14. Lebensjahr – staatlich genehmigt. „Wir werden niemals Mediziner, Tier- oder Zahnarzt“, sagt ein Lehrer. Wenn die Amischen krank werden, benötigen sie einen Arzt, der nicht Teil ihrer Glaubensgemeinschaft ist.

Die Stadt als Versuchung

Man staunt, welche Sonderregeln in der Welt der Amischen mitunter doch möglich sind: So darf ein amischer Möbelhandwerker, der mit seinen handgefertigten Tischen und Stühlen ganz Amerika beliefert, für seine Buchhaltung ausnahmsweise einen Computer verwenden, so lange er nicht mit dem Internet verbunden ist. Auch ein Handy darf er benutzen, aber nur ein altes Modell. In Ausnahmefällen ist Amischen auch die Fahrt mit einem Mietwagen erlaubt, sofern man das Auto nicht selbst fährt. Vieles in der Welt könnte in die Sünde führen, denken sich die Amischen. So meiden sie die Welt so weit es geht. Sie leben weitgehend als Selbstversorger. Auf Mission verzichten sie, und Städte meiden sie – zu groß ist dort die Versuchung.

„Alles ist erlaubt, aber nicht alles dient zum Guten“, heißt es im 1. Korintherbrief 10,23. Die Amischen scheinen das Prinzip umgekehrt haben: Vieles ist ihnen verboten, aber manches könnte doch ganz nützlich sein. Die Amischen meiden Alkohol und machen keinen Urlaub – aber auch hier gibt es ein Schlupfloch, und wenn man dann schon mal in der Ferienwohnung ist, darf man auch Fernsehen schauen, was eigentlich ebenfalls verboten ist, weshalb man dann nur Landwirtschafts- und Musiksendungen sieht. Unklar bleibt in der Dokumentation, nach welchen Kriterien all diese Regeln eigentlich festgelegt werden. Auf den ersten Blick sind die Amischen und die Zeugen Jehovas grundverschieden. Eines allerdings ist ihnen gemeinsam: Ihre Gemeinschaft zu verlassen ist sehr schwierig.

Erstausstrahlung auf 3SAT | Mittwoch, 17. April, 20.15 Uhr „Die Zeugen Jehovas: Bibelfest, freundlich, kompromisslos“ | im Anschluss „Die Welt der Amish – Tradition und Versuchung“, 21 Uhr

Deutschland: „Licht im Osten“- Hilfe für Ukrainer verändert Leben

Zur Konferenz des Missionsbundes kamen rund 260 Besucher

Kornal-Münchingen (IDEA) – Die Hilfsaktionen des Missionsbundes [„Licht im Osten“](#) schenken der Bevölkerung in der Ukraine Hoffnung. Das berichtete der ukrainische Missionar Michail Wlassenko auf der diesjährigen Missionskonferenz des Werks in Kornal-Münchingen. Dazu waren rund 260 Besucher gekommen. Wlassenko ist in Poltawa im Osten der Ukraine tätig. In der ursprünglich 300.000 Einwohner zählenden Stadt seien mittlerweile 100.000 Binnenflüchtlinge aus dem Osten des Landes untergekommen. Seit Beginn der russischen Invasion ist er mit seinen Mitarbeitern im Einsatz, um unter diesen Flüchtlingen Lebensmittel und andere Hilfsgüter zu verteilen und ihnen dabei auch das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen. Seither haben sie 30.000 Hilfspakete, 50 Tonnen Kleidung sowie mehr als acht Tonnen christliche Literatur verteilt. Außerdem führen sie mit einer ständig zunehmenden Zahl von Flüchtlingen Bibelstudiengruppen durch. Die Teilnehmer bezeugten segensreiche Veränderungen in ihrem Leben. So hörten sie zum Beispiel auf zu fluchen und hätten einen tiefen inneren Frieden.

Viele sind traumatisiert

Angesichts traumatisierender Erfahrungen, die diese Flüchtlinge erlebt hätten, sei der Trost und Halt, den sie aus dem Studium des Wortes Gottes erführen, eine entscheidende Hilfe für sie. So habe ein Mann berichtet, dass er in einer von russischen Truppen besetzten Stadt mit dem Bus gefahren sei, als dieser plötzlich angehalten worden sei. Die Soldaten hätten ihn gezwungen, sich bis auf die Unterhose auszuziehen, weil sie seinen Körper nach Nazi-Tätowierungen hätten untersuchen wollen, da die Ukrainer ja angeblich faschistisch verseucht seien. Die Mutter eines sechsjährigen Jungen wiederum habe berichtet, dass dieser sich bei Hausdurchsuchungen durch die Besatzer immer im Schrank habe verstecken müssen. Wenn heute jemand an der Tür ihrer Wohnung in Poltawa klopfe, wohin sie vor einem halben Jahr geflohen seien, frage er immer noch, ob er sich wieder im Schrank verstecken solle.

Sorgen wegen des Kriegsverlaufs

Der Missionsleiter des Werks, Pfarrer Johannes Lange, schilderte, dass „Licht im Osten“ seit Kriegsbeginn über 700 Tonnen Hilfsgüter in die Ukraine gebracht habe und monatlich allein in Kiew um die 3.000 Lebensmittelpakete zusammen mit christlicher Literatur verteilt würden. Die einheimischen Mitarbeiter vor Ort, die sich unermüdlich im Einsatz befänden, seien am Rande ihrer Kräfte. Hinzu komme deren wachsende Sorge im Blick auf den weiteren Fortgang des Krieges. Lange ging auch auf die Aktivitäten des Werks in Moldawien ein. Dort sei es möglich, das Evangelium in öffentliche Institutionen hineinzutragen. So könnten Lehrer des moldawischen Zweigs von „Licht im Osten“ Grundschulern in öffentlichen Schulen im Rahmen des Unterrichtsfachs „Geistlich-ethische Erziehung“ biblische Inhalte vermitteln. Neben den Schülern bezeugten sogar Schuldirektoren, dass die Begegnungen mit diesen Lehrern positive Auswirkungen auf ihr eigenes persönliches Leben hätten. In der unter dem Einfluss der Türkei stehenden Teilrepublik Gagausien wiederum könne der Missionsbund öffentliche Bibliotheken sowie Lehrer der gagausischen Sprache und Mitarbeiter von Ministerien für Bildung und Kultur mit christlichen Kinderbüchern ausstatten.

Bulgarien: Auch Muslime und Roma mit dem Evangelium erreichen

Auch in Bulgarien nutzten Missionare solche Möglichkeiten, wie der Missionsleiter von „Licht auf dem Balkan“ in Bulgarien, Iwan Wylkow, berichtete. Sein Team habe im Rahmen von Puppentheater-Aufführungen zu Weihnachten und Ostern Möglichkeiten genutzt, um viel christliche Literatur in Schulen und Kinderheimen zu verteilen – auch unter Muslimen und Roma. „Licht im Osten“ wurde 1920 in Wernigerode/Harz gegründet, um unter den einstigen russischen Kriegsgefangenen und unter den Völkern der Sowjetunion die biblische Botschaft auszubreiten. Später zog das Werk nach Kornal um und weitete seine Arbeit auf den gesamten kommunistischen Ostblock aus. Zu den heutigen Aufgaben gehört die Zusammenarbeit mit Partnermissionen sowie rund 100 einheimischen Missionaren und Mitarbeitern in Bereichen wie Evangelisation und Gemeindeaufbau, Dienst an Kindern, sozial-missionarische Arbeit, Mission über Radio und neue Medien, Herstellung von Bibeln und theologischer Literatur sowie Zeitschriften in über 30 Sprachen.

Deutschland: „Marsch fürs Leben“ - Tätliche Angriffe und Sabotage

Veranstalter: Saboteure wollten Stromversorgung lahmlegen

München (IDEA) – Beim 4. „[Münchener Marsch fürs Leben](#)“ hat es nach Angaben der Veranstalter Sabotageakte und tätliche Angriffe gegen Teilnehmer gegeben. Das erklärte der Verein „Stimme der Stillen“ in einer Pressemitteilung. Bei der Kundgebung am 13. April hatten nach Angaben der Veranstalter 6.000 Teilnehmer für den Lebensschutz demonstriert. Die Polizei sprach von 3.000 Teilnehmern. Der Marsch wurde von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. An einer Gegendemonstration des „Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung“ nahmen laut Polizei rund 1.000 Personen teil. Sie forderten ein „Menschenrecht auf Abtreibung“. Bereits vor Beginn des Marsches sei entdeckt worden, dass die für die Veranstaltung bereitgestellte Stromversorgung durch Einspritzen von Bauschaum sabotiert worden war, heißt es in der Pressemitteilung. Nur durch einen schnellen Einsatz der Stadtwerke München sei es möglich gewesen, die Kundgebung wie geplant durchzuführen. Bei der Abschlussveranstaltung hätten darüber hinaus Gegendemonstranten versucht, mit einer großen spiegelartigen Fläche die Redner auf der Bühne zu blenden. Außerdem sei nachträglich bekannt geworden, dass es zu mehreren tätlichen Angriffen auf Teilnehmer des Marsches gekommen sei. Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Dazu kommen die üblichen obszönen Plakate und vulgären Beleidigungen, die Lebensschützer in Deutschland hinreichend gewöhnt sind.“ Die Vorfälle zeigten, „dass die böse Saat der Diffamierung von Lebensschützern, die insbesondere im Hinblick auf den Münchener Marsch in den letzten Wochen in den Medien erfolgte, leider aufgegangen ist“. Die Veranstalter wollten sich davon aber weder einschüchtern noch entmutigen lassen. Der nächste Münchener Marsch fürs Leben soll am 3. Mai 2025 stattfinden.

Deutschland: „Religionsfreiheit ist ein unverzichtbares Menschenrecht“

Der Menschenrechtsexperte Heiner Bielefeldt sieht Christenverfolgung als ein Randthema in der gesellschaftlichen Debatte. Liberale und Linke würden es gar instinkthaft hemmen.

Mit einem Beitrag von Johannes Blöcher-Weil berichtet das christliche Medienmagazin pro vom 18. April 2024 über die Notwendigkeit, Christenverfolgung in öffentlichen Debatten zu thematisieren:

»Heiner Bielefeldt spricht in der aktuellen Ausgabe von Christ und Welt über das Thema Christenverfolgung

Heiner Bielefeldt wirbt in der aktuellen Ausgabe von „Christ und Welt“ dafür, Christenverfolgung in öffentlichen Debatten zu thematisieren

Die Repräsentanten christlicher Kirchen fühlen sich von Europa oft im Stich gelassen, wenn es darum geht, Christenverfolgung zu bekämpfen. Dies konstatiert der Menschenrechtler Heiner Bielefeldt im Interview mit „Christ und Welt“. Liberale und Linke würden den Einsatz für Religionsfreiheit „fast schon instinkthaft“ bremsen, weil er aus dem konservativen Spektrum komme.

Bielefeldt berichtet aus eigenen Erfahrungen und Gesprächen, wie massiv Untergrundgemeinden in Vietnam vom Staat unterdrückt werden. In Indien agiere der Staat nicht nur gegen Christen, sondern mobilisiere auch gegen muslimische Gläubige. Nach ihrer Bekehrung und Missionstätigkeit seien evangelikale Christen im Iran inhaftiert oder zum Tode verurteilt worden.

Die Menschen scheuten sich aber davor, den Begriff Christenverfolgung zu verwenden. Sie hätten Angst sich dem Vorwurf auszusetzen, „eine ideologische Klientelpolitik zu betreiben“. Liberalen falle es schwer, das über Jahrhunderte dominante Christentum jetzt als Verfolgte wahrzunehmen. Bielefeldt wirbt aber dafür, Christenverfolgung in öffentlichen Debatten zu thematisieren.

„Zahlen sagen nichts über die Qualität der Verfolgung aus“

Neben Gebet und Spenden für Menschenrechtsorganisationen seien auch Partnerschaften mit Gemeinden sinnvoll, die unter schwierigen politischen Verhältnissen litten. Religionsfreiheit sei ein Menschenrecht und müsse dazu führen, Individuen in ihrer Würde zu schützen. Dazu gehöre auch das Recht, sich nicht zu einem Glauben zu bekennen.

Bielefeldt warnt davor, Christenverfolgung in Zahlen und Quoten zu messen. Zahlen entwickelten zwar eine „eigene Magie“, sagten aber nichts über die „Qualität der Verfolgung“ aus: „Ich würde hier fast schon von einem Fetisch sprechen“, findet Bielefeldt. Er erklärt, dass protestantische Freikirchen vor allem von Verletzungen ihrer Religionsfreiheit betroffen seien.

Freikirchen würden oft als Sekten und Handlanger des US-Imperialismus wahrgenommen. Ihre offensive Missionstätigkeit werde ihnen als aggressiver Akt unterstellt, erklärt Bielefeldt. Bei Bekehrungen seien Katholiken deutlich zurückhaltender. Zur Religionsfreiheit gehört aber eben auch die Freiheit, zum Glaubenswechsel einzuladen.

Heiner Bielefeldt ist Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Bis 2016 hatte er das Amt des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Weltanschauungsfreiheit inne.«

Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/religionsfreiheit-ist-ein-unverzichtbares-menschenrecht>

Europa: ALfA wirft Europaparlament Barbarei vor

Dessen Mehrheit will ein „Recht auf Abtreibung“ in der EU-Grundrechtecharta

Brüssel (IDEA) – Die Bundesvorsitzende der Lebensrechtsorganisation „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), Cornelia Kaminski, hat mit Entsetzen auf die Forderung des Europäischen Parlaments reagiert, ein „Recht auf Abtreibung“ in die EU-Grundrechtecharta aufzunehmen. Für eine entsprechende Resolution stimmten 336 Abgeordneten, 163 stimmten dagegen, 39 enthielten sich. In einer Stellungnahme sprach Kaminski von „Brüsseler Barbarei“. Die Resolution sei „eine Schande für Europa“ und „eine menschliche Bankrotterklärung eines Parlaments, dessen Gründer sich einst verpflichtet hatten, eine europäische Wertegemeinschaft zu erschaffen“. Das Abtreibungsrecht falle nicht in den Kompetenzbereich der Europäischen Union, sondern sei allein Sache der Mitgliedsstaaten. Vor allem aber könne „Tötung eines unschuldigen und wehrlosen Menschen niemals ein Recht und schon gar kein Grundrecht sein“. Weiter sagte Kaminski, der Beschluss sei Wasser auf die Mühlen von Gegnern der europäischen Einigung. „Ein starkes Europa kann nur ein Europa der Menschenrechte für alle sein: Wer diese nicht bereit ist, konsequent zu vertreten, muss sich nicht wundern, wenn bei den Wahlen die Stimme an Parteien gegeben wird, denen die europäische Union selbst ein Dorn im Auge ist“, so Kaminski. Einer Änderung der 2000 verabschiedeten Grundrechtecharta müssten alle 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zustimmen. Die Aussichten dafür gelten als gering.

Großbritannien: Langjährige Haftstrafen nach Schüssen vor einer Kirche

London: Täter wollten Rache an einer gegnerischen Bande nehmen

London (IDEA) – Ein Londoner Gericht hat vier junge Männer zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, weil sie im Januar 2023 an einer Schießerei vor einer katholischen Kirche in der britischen Hauptstadt beteiligt waren. Sie hatten aus einem fahrenden Wagen mit einer abgesägten Schrotflinte auf Teilnehmer einer Trauerfeier geschossen, weil sie dort Mitglieder einer verfeindeten Bande vermuteten. Die Männer im Alter zwischen 20 und 24 Jahren verletzten dabei vier Frauen und zwei Mädchen im Alter von elf und sieben Jahren zum Teil schwer. Bei den Verurteilten handelt es sich um Tyrell Lacroix (23), Jashy Perch (20), Jordan Walters (24) und Alrico Nelson-Martin (20). Sie wurden wegen schwerer Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen 13 und 21 Jahren verurteilt. Lacroix und Perch bekamen zusätzlich noch Bewährungsstrafen von fünf bzw. vier Jahren. Dem Gericht zufolge ist die Gewalttat Ergebnis einer Bandenrivalität. Lacroix habe Rache an Mitgliedern einer gegnerischen Bande nehmen wollen.

Haiti: Das Chaos macht sich breit

Eine Welle von koordinierter Bandengewalt hat Haiti in ein neues, tiefes Chaos gestürzt. Nachdem bewaffnete Banden massive Angriffe auf Gefängnisse verübt und Tausende von Gefangenen freigelassen hatten, übernahmen eine Vielzahl von Banden die Kontrolle über viele öffentliche Einrichtungen. Das Land ist in die Gesetzlosigkeit gestürzt, aber eine Vereinbarung über eine Übergangsregierung wartet nun auf die Ratifizierung durch die wichtigsten Konfliktparteien. Mehr als achtzig Prozent der Zivilbevölkerung in oder rund um die Hauptstadt Port-au-Prince wurden auf der Flucht vor Schießereien, sexueller Gewalt, der Einberufung durch Banden und anderen Gefahren. Christliche Hilfsorganisationen tun, was sie können um Hilfe und Versorgung zu leisten und eine Botschaft der Hoffnung durch das Evangelium.

Quelle: Mission Network New/ Bridgeway Publications vom 15 April 2024/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Israel: Großangriff des Iran aus der Luft abgewehrt

Präsident Herzog: „Seid gesegnet, liebe Soldaten und Kommandeure“

Jerusalem (IDEA) – Eskalation im Nahen Osten: Erstmals hat der Iran von seinem Staatsgebiet aus einen Großangriff aus der Luft gegen Israel geführt. Dem israelischen Militär zufolge feuerte der Iran in der Nacht zum 14. April mehr als 300 Drohnen und Raketen auf Israel. 99 Prozent davon seien abgeschossen worden. An der Abwehr beteiligte sich auch US-Militär. Die radikal-islamische Hisbollah-Miliz im Libanon und die Huthi-Milizen im Jemen griffen in der Nacht ebenfalls israelische Ziele an. Laut dem israelischen Militärsprecher Daniel Hagari beschädigten einige Raketen einen Luftwaffenstützpunkt leicht. Ein arabisches Beduinenmädchen wurde laut Rettungskräften im Süden Israels schwer verletzt – offenbar durch einen Raketeneinschlag. Der israelische Präsident Izchak Herzog bedankte sich nach dem abgewehrten Angriff beim israelischen Militär und Volk sowie dem Verbündeten USA. „Seid gesegnet, liebe Soldaten und Kommandeure“, schrieb er auf X (vormals Twitter) und ergänzte: „Segne die Koalition der Nationen unter Führung der USA“ und ihrem Präsidenten. Herzog zufolge hat das israelische Volk „außerordentliche Widerstandsfähigkeit“ bewiesen. „Gemeinsam werden die Kräfte des Guten die Kräfte des Bösen besiegen“, so der Präsident.

Iran: Vergeltungsschläge waren erfolgreich

Irans Generalstabsschef Mohammed Bagheri sprach von erfolgreichen Vergeltungsschlägen. Das Mullah-Regime hatte mit Vergeltung gedroht. Bei einem mutmaßlichen israelischen Luftangriff auf die iranische Vertretung in Damaskus am 1. April waren 16 Menschen ums Leben gekommen, darunter zwei Brigadegeneräle. Der Iran warnte Israel jetzt vor einem Gegenangriff. Der iranische UN-Botschafter Amir Saeid Irawani schrieb an UN-Generalsekretär Antonio Guterres: „Sollte das israelische Regime erneut einen militärischen Angriff durchführen, wird die Antwort des Irans mit Sicherheit stärker und geschlossener ausfallen.“ Westliche Regierungschefs, darunter der USA, Großbritanniens und Deutschlands, verurteilten den iranischen Großangriff scharf. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte: „Mit dieser unverantwortlichen und durch nichts zu rechtfertigenden Attacke riskiert Iran einen regionalen Flächenbrand.“

Bischof Bätzing: Gott sei Dank für funktionierende Flugabwehr

Der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing (Limburg), bezeichnete den Angriff des Iran als dramatische Eskalation der ohnehin furchtbaren Situation im Nahen Osten. Er begrüßte, dass sich die Schäden in Grenzen halten: „Gott sei Dank haben die funktionierende israelische Flugabwehr und die Unterstützung durch die USA und Großbritannien dafür gesorgt, dass nach jetziger Kenntnis nur ein Mensch verletzt wurde und große materielle Verwüstungen vermieden werden konnten.“ Es müsse jetzt aber alles dafür getan werden, dass es im Nahen Osten nicht zu einem regionalen Krieg mit unabschätzbaren Folgen komme. „Dies wäre eine Katastrophe für diese Weltgegend und eine dramatische Gefährdung des Weltfriedens.“ Bätzing appellierte an alle Verantwortlichen, auch in einer möglichen Antwort Israels, „jede Eskalationsdynamik zu vermeiden, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und dem Gedanken des Friedens Raum zu geben“. Er rief ferner zum Gebet für alle Opfer der Gewalt auf, „die angesichts von Terror und Krieg im Heiligen Land bereits jetzt zu beklagen sind“.

Israel: Versorgung im Gazastreifen

Israel erweitert humanitäre Hilfe

(Von Israelnetz -12. April 2024) Ein neuer Grenzübergang soll zu einer besseren Versorgung im Gazastreifen führen. Die USA sprechen indes von einer Hungersnot.

JERUSALEM (inn) – Der Streit um die Versorgungslage im Gazastreifen hat am Donnerstag eine Fortsetzung gefunden. Seit Monaten werfen sich die israelische Armee und die Vereinten Nationen wechselseitig vor, verantwortlich für Engpässe zu sein. Die Frage der humanitären Hilfslieferungen erregt weltweit die Gemüter.

Nun hat die Zivilverwaltung der Armee (COGAT) die UN einmal mehr aufgefordert, effektiver zu handeln. Dazu postete die Behörde ein Bild auf der Plattform X, das nach eigenen Angaben 600 geprüfte Hilfslieferungen am Übergang von Kerem Schalom zeigt. Dazu hieß es: „Wir haben die Passagezeiten erweitert und unsere Kapazitäten aufgestockt. UN, tun Sie ihren Job. Der Flaschenhals befindet sich nicht auf der israelischen Seite.“

Neuer Zugang eingerichtet

Am Freitag teilte COGAT zudem mit, dass am Donnerstag erstmals Hilfslieferungen über einen neu eingerichteten Grenzübergang im Norden gekommen seien. Der Grenzübergang befindet sich nahe des Kibbutz Sikim. Die neue Route sei Teil der Bemühungen, die Versorgung im Gazastreifen auszubauen.

Die Armee bezeichnete die neuen Bemühungen als eine „nächste Phase“ beim humanitären Einsatz. Im Vorfeld hätten sich die zuständigen Stellen mit Ländern und Hilfsorganisationen abgestimmt. Nun könnten Laster dort die Bevölkerung erreichen, wo es zuletzt schwierig gewesen sei, etwa aufgrund von Plünderungen durch die Terror-Organisation Hamas.

Plünderer getötet

Israel geht auch weiter militärisch gegen Plünderungen vor: Bei einem Angriff am Donnerstag tötete die Luftwaffe Ridwan Mohammed Abdallah Ridwan. Der Hamas-Terrorist habe den Diebstahl von Hilfslieferungen für den nördlichen Gazastreifen angeleitet. In den vergangenen Wochen waren immer wieder Aufnahmen von Überwachungskameras zu sehen, die zeigen, wie bewaffnete Männer auf den Lastern mit den Hilfsgütern sitzen und auf diese Weise plündern.

Die Vereinten Nationen haben noch nicht direkt auf die israelischen Vorstöße reagiert. Zuletzt hieß es am Dienstag, dass Israel die Güter zwar schneller hereinlasse; doch die Menge liege noch unter dem Versorgungsminimum. Die UN bezweifelten dabei die israelischen Angaben, denen zufolge am Dienstag 468 Laster in den Gazastreifen gekommen sind. Dies wäre der höchste Wert seit Beginn des Krieges.

USA: Hungersnot eingetreten

Die US-Regierung sprach am Mittwoch erstmals davon, dass in Teilen des nördlichen Gazastreifens eine Hungersnot eingetreten sei. Die Leiterin der Behörde für Internationale Entwicklung (USAID), Samantha Power, sagte dies bei einer Anhörung im Repräsentantenhaus.

Powers stützte sich dabei auf einen UN-Bericht von Mitte März. Dieser spricht zwar von einer katastrophalen Versorgungslage, nicht aber von einer eingetretenen Hungersnot. In dem Papier heißt es vielmehr, dass eine Hungersnot bis spätestens Ende Mai eintreten könnte, wenn keine Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. (df)

Kasachstan: Nothilfe für bedürftige Familien angekommen

(Licht im Osten) „Aset ist dankbar für alle humanitären Projekte, die sie in den letzten Monaten im HAUS DER HOFFNUNG durchführen konnten wie z.B. eine Kohleaktion, Winterstiefel für arme Kinder, Nothilfe für bedürftige Familien ... Dabei ist ihr die Seelsorge an Menschen in Krisensituationen immer wichtiger geworden. Zur Unterstützung für die Frauen, die ins HAUS DER HOFFNUNG kommen, werden auch Seminare über Lebenshilfe-Themen angeboten und persönliche Gespräche über den Glauben für diejenigen, die Interesse daran zeigen. Auch in Hauskreise und in die Gemeinde wird eingeladen.

„Sehr wertvoll ist, dass fast alle Mitarbeiter nun Fortbildungskurse in Seelsorge belegen ... Im Moment liegt der Schwerpunkt meines Dienstes auf der langfristigen Beratung von Einzelpersonen. Ich führe Workshops, Beratungen am Arbeitsplatz und auch Haus-besuche durch.“ **Bitte beten Sie**

☒ um Weisheit für Aset und alle ihre Mitarbeitenden in ihren seelsorgerlichen Kontakten, dass die Ratsuchenden die Hilfe bekommen, die ihnen weiterhilft.

„Die Polygamie verbreitet sich. Grund dafür ist, dass sich der muslimische Glaube immer mehr verbreitet. Vor allem unter sehr religiösen Menschen, deren Zahl wächst, kommt es zu Vielehen. Oft erfüllen sich die Ehemänner in solchen Familien nur ihre eigenen Wünsche und übernehmen keine Verantwortung für ihre Frauen und Kinder, was dazu führt, dass die Zahl der seelisch verletzten Frauen und Kinder zunimmt. Selbst Männer, die die große Zahl von Familienmitgliedern nicht versorgen können, nehmen sich mehrere Frauen.“ Ein Beispiel ist N., die erste Ehefrau ihres Mannes. „Sie mietet eine separate kleine Wohnung. Im Moment kümmert sie sich auch noch um das sechs Monate alte Kind der zweiten Frau, weil diese arbeiten geht. N. sagt, dass sie nirgendwohin fliehen kann, also lebt sie so. Die Wohnung, die sie mietet, ist feucht und riecht nach Schimmel. Zuerst half ihr Mann ein wenig, aber jetzt wird er nur wütend und ist empört, wenn sie um Hilfe bittet. Es gibt überhaupt kein Spielzeug im Haus, die Kinder sind sehr nervös ... Sowohl ihr Mann als auch sie sind sehr religiöse Menschen. Die Frau und die Kinder brauchen moralische und psychologische Hilfe. Sie brauchen IHN!“

Bitte beten Sie

☒ dafür, dass ein Umdenken bei solchen kasachischen Männern eintritt, dass viele Männer Jesus Christus als ihren Retter und ihr Vorbild erkennen und ihr Denken und ihren Lebenswandel ändern.

☒ für die betroffenen Frauen um alle Hilfen, die sie brauchen, um ihr Leben für sich selbst und ihre Kinder gut gestalten zu können.

Kongo: "Die Situation in und um Goma verschlechtert sich von Tag zu Tag"

sagt Erzbischof von Kinshasa, Kardinal Fridolin Ambongo Besungu

Kinshasa (Fides) - "Die Situation in und um Goma verschlechtert sich von Tag zu Tag", sagt Erzbischof von Kinshasa, Kardinal Fridolin Ambongo Besungu, gegenüber Fides. Er bezieht sich auf die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), wo die M23-Guerilla seit 2021 wieder zu den Waffen greift und mehrere Ortschaften erobert hat.

"Die M23 erobert weiterhin Gebiete, während in der kongolesische Armee völliges Chaos herrscht", so der Kardinal. "Was wir am meisten fürchten, ist die Gefahr einer allgemeinen Unsicherheit, vor allem in Goma und generell im gesamten Osten des Landes." "Denn die Regierung hat an verschiedene bewaffnete Gruppen wie die ‚Wazalendo‘ und auch an einige Mitglieder der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas „Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR), (die Anfang der 2000er Jahre von den Überlebenden des alten ruandischen Hutu-Regimes gegründet wurden, Anm. d. Red.) zusätzliche Waffen verteilt, in der Erwartung, dass diese Gruppen die Armee gegen den Vormarsch der M23 unterstützen würden. Alle diese Gruppen sind nun gut bewaffnet, und die Bevölkerung zahlt den Preis dafür, indem sie das Risiko einer allgemeinen Unsicherheit heraufbeschwört", betont Kardinal Ambongo.

Der Begriff "Wazalendo" ("Patrioten" in Suaheli) bezieht sich auf einen Zusammenschluss von Gruppen, die zu den Waffen griffen, um die Bevölkerung gegen die M23 zu verteidigen. Ihr Anführer Éphraïm Bisimwa, Führer einer lokalen messianischen Sekte, wurde jedoch im vergangenen Oktober wegen der schweren Zwischenfälle vom 30. August 2023 gegen die Blauhelme der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) in Goma, bei denen mehr als 50 Menschen ums Leben kamen, zum Tode verurteilt

"Mit der Verhaftung und dem Todesurteil gegen den Anführer der ‚Wazalendo‘ hat sich gezeigt, dass diese Gruppe nicht homogen ist; einige ihrer Anhänger sind sogar in die Reihen der M23 übergelaufen. Es ist schwierig, diese bewaffneten Gruppen zu kontrollieren, die sich auf so viele Anführer berufen", so Kardinal Ambongo, der der kongolesischen Regierung eine große Verantwortung bei der Bewältigung der Krise im Osten des Landes zuschreibt.

„Anstatt die reguläre Armee mit ausgewählten und gut ausgebildeten Soldaten zu stärken", so der Kardinal, "hat die Regierung die unserer Meinung nach gefährliche Entscheidung getroffen, diese Gruppen zu bewaffnen, die schließlich zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden, indem sie die Bürger ausplündern, Raubüberfälle und Morde begehen und in den illegalen Handel mit Mineralien einsteigen, die in den handwerklichen Minen der Region abgebaut werden".

"Die Bischöfe der Kirchenprovinz Bukavu haben eine sehr klare Analyse der Realität im Osten der Demokratischen Republik Kongo vorgelegt", so der Kardinal weiter, der sich auf den Mitte April veröffentlichte Hirtenbrief bezog "Die Kirche selbst befindet sich in diesem Gebiet in einer gefährlichen Situation", betont er. "Deshalb haben die Bischöfe der Provinz Bukavu, wie wir alle auf nationaler Ebene der Kongolesische Bischofskonferenz, die Entscheidung getroffen, die Bevölkerung auch in dieser schwierigen Zeit zu begleiten". Der Sinn der pastoralen Fürsorge für ein leidendes Volk bestehe darin, zu fragen, "wie wir diesen leidenden Menschen ein wenig von Gottes Liebe und Barmherzigkeit zeigen können". „Das ist es, was die Kirche zu tun versucht, aber es ist nicht immer einfach", schließt er.

(L.M.) (Fides 18/4/2024)

Malawi: Ordensfrau misshandelt

Bischöfe sagen "Nein" zu religiöser Intoleranz

Lilongwe (Fides) - Ein Mann mit psychiatrischen Problemen wurde von der Polizei in Blantyre im Zusammenhang mit der Gewalt gegen eine katholische Ordensfrau in Zomba verhaftet. Nach Angaben der Polizei handelt es sich bei dem Festgenommenen um einen Patienten des psychiatrischen Krankenhauses in Zomba.

An dem Tag, an dem er die Nonne angegriffen hat, soll der Verdächtige auch die Feierlichkeiten zum Fest des Fastenbrechens „Eid al Fitr“ zum Abschluss des Ramadan gestört haben, die im Kamuzu-Stadion in Blantyre stattfanden. In einer Mitteilung hatte die Bischofskonferenz von Malawi berichtet, dass am Morgen des 11. April in Zomba eine katholische Ordensfrau von unbekanntem Männern entführt worden war, die ihr eine Mitfahrgelegenheit in ihrem Auto angeboten hatten. Die Schwester wurde von den Insassen des Wagens angegriffen und gefoltert. "Die Angreifer erklärten der Nonne, die Gewalt sei darauf zurückzuführen, dass man ihren Glauben und ihre religiöse Identität nicht akzeptiere, und stellten ihre Intoleranz unter Beweis, indem sie den Rosenkranz und das Kreuz, die sie trug, gewaltsam entfernten und aus dem Autofenster warfen, so dass sie verwundet, ohnmächtig und traumatisiert zurückblieb", heißt es in der Mitteilung. „In unserem jüngsten Hirtenbrief ‚Die traurige Geschichte Malawis‘ haben wir die Malawier vor der Entwicklung von Trends gewarnt, die von religiöser Intoleranz zeugen", erinnern die Bischöfe. "Jeder friedliebende Malawier weiß, dass das oberste Gesetz unserer Nation, unsere Verfassung, die Religionsfreiheit vorsieht und daher jeder Bürger das Recht hat, einer religiösen Gruppe seiner Wahl anzugehören und daher nicht daran gehindert werden kann, die Religion seiner Wahl irgendwo im Land zu praktizieren und zu manifestieren."

"Wir hoffen jedoch, dass die Polizei, die mit dieser Angelegenheit betraut wurde, diesen schrecklichen Angriff auf die katholische Ordensfrau und andere ähnliche Fälle gewissenhaft untersuchen wird, damit der Gerechtigkeit Genüge getan wird und diese entarteten, hasserfüllten Tendenzen religiöser Intoleranz ein für alle Mal eingedämmt und beseitigt werden", erklärte die Bischofskonferenz.

(L.M.) (Fides 15/4/2024)

Myanmar: Pastor während Gottesdienst angeschossen

IIRF-D/BA/Tübingen/18.04.24 - Pfarrer Paul Khwi Shane Aung wurde am 12. April während eines Gottesdienstes in der Stadt Mohnyin im Kachin-Staat angeschossen.

Der 40jährige hielt am frühen Morgen einen Gottesdienst, als zwei maskierte Bewaffnete um 6.30 Uhr in die Kirche eindrangen und dreimal auf ihn schossen, wie anwesende Gemeindemitglieder berichteten.

Er wurde in ein Krankenhaus in Mohnyin gebracht, später jedoch in ein Krankenhaus in der Hauptstadt Myitkyina verlegt.

Das Motiv für den Angriff ist unbekannt.

Der Vorfall ereignete sich weniger als einen Monat, nachdem der 47-jährige Pastor Nammye Hkun Jaw Li am 18. März in seinem Computerladen in der Gemeinde Mogaung, ebenfalls im Bundesstaat Kachin, von Bewaffneten erschossen worden war.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/myanmar-church-minister-hospitalised-after-shooting-during-morning-worsh/>

Neuseeland: Kirchen drohen, ihren langjährigen Status der Steuerbefreiung zu verlieren

International Christian Concern – Der Druck auf die neuseeländischen Kirchen wächst, ihren Steuerbefreiungsstatus zu verlieren.

Nach dem geltenden neuseeländischen Wohltätigkeitsgesetz können Kirchen den Status der Steuerbefreiung erhalten, wenn sie einen von vier gemeinnützigen Zwecken erfüllen: Hilfe zur Linderung der Armut, Förderung der Religion, Förderung der Bildung oder "andere der Gemeinschaft dienende Zwecke". Diese Steuerbefreiung für neuseeländische Kirchen gibt es bereits seit 1600.

Der kürzlich gewählte Premierminister Christopher Luxon, ein aktives Mitglied der neuseeländischen Baptistenkirche, erklärte am 13. April, dass seine Regierung die Aufhebung der Steuerbefreiung der Kirchen prüfen werde.

Dies folgt einer zunehmenden Debatte in den Medien über den sogenannten "Freifahrtschein", den Kirchen, insbesondere Megakirchen, genießen, indem sie keine Steuern auf das von ihnen erwirtschaftete Einkommen zahlen. Im Jahr 2021 kursierte eine Petition, in der gefordert wurde, dass alle Kirchen Einkommenssteuer zahlen müssen. Die Petition hat mehr als 50.000 Unterschriften gesammelt.

Viele christliche Gruppen und Kirchen haben sich gegen diese Darstellung gewehrt und auf die positive Rolle der Kirchen in der Gesellschaft verwiesen, die sie mit Lebensmittelbanken, Suchtbehandlung, Erziehungsprogrammen, Wiedereingliederungsdiensten für Gefangene, Schulen, Altenheimen, geistlicher Unterstützung und anderen geistlichen und sozialen Diensten spielen.

Ein Pastor, dessen Kirche ein bedeutendes Programm zur Intervention bei Banden und zur sozialen Unterstützung betreibt, das keine staatlichen Mittel erhält, erklärte, dass er, als er von Premierminister Luxons Wunsch hörte, die Abschaffung der Steuerbefreiung zu prüfen, Luxon "am Ende jedes Jahres eine große Rechnung schicken würde, in der all die Kosten aufgeführt sind, die wir umsonst leisten".

Neuseeland ist eine zunehmend säkulare Gesellschaft, in der das Christentum in den letzten 20 Jahren stetig abgenommen hat. Der jüngsten Volkszählung zufolge bekennen sich etwa 37 % der Bevölkerung zum Christentum. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung gibt an, keiner Religion anzugehören, was stetig zunimmt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nicaragua: Schließt Botschaft in Deutschland

Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord

(Von Israelnetz -12. April 2024) Nicaragua hat seine diplomatische Vertretung in Berlin geschlossen. Zuvor kündigte das mittelamerikanische Land bereits an, dass die nicaraguanische Botschaft in Wien die Dienstgeschäfte für Deutschland übernehmen werde. Auch konsularische Aufgaben sind davon betroffen. Hintergrund ist Nicaraguas [Klage](#) gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof. Das autoritär regierte Land wirft der Bundesrepublik vor, durch Waffenlieferungen an Israel einen [Völkermord](#) an den Palästinensern zu unterstützen. Deutschland nennt die Anschuldigungen „[haltlos](#)“. Israel habe das Recht, sich zu verteidigen. (cs)

Nigeria: Anwaltsgruppe fordert Einstufung der Fulani-Militanten als Terroristen

International Christian Concern - Seit mehr als einem Jahrzehnt leidet die Bevölkerung der Gemeinde Bokkos im nigerianischen Bundesstaat Plateau unter anhaltenden gewalttätigen Angriffen und Blutvergießen durch militante islamische Fulani. Diese Angriffe haben Hunderte von Menschenleben gefordert, Tausende von Menschen vertrieben und zahlreiche Häuser, Geschäfte, Bauernhöfe und Kirchengebäude zerstört.

Bokkos Cultural Development Council (BCDC) Vanguard, eine Gruppe, die die Jugend von Bokkos vertritt, hat kürzlich eine Erklärung abgegeben, in der sie die Angriffe scharf verurteilt und betont, dass die militanten Fulani als Terroristen bezeichnet werden müssen. Sie forderte außerdem Sofortmaßnahmen zum Schutz der gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Bokkos und verlangte Gerechtigkeit für die Opfer der Gewalt.

"Es ist dokumentiert, dass wir in den vergangenen 11 Jahren sinnloser Gewalt gegen unser Volk den Verlust von mindestens 1.000 Menschenleben in Bokkos zu beklagen haben", so der BCDC-Vorsitzende Farmasum Fuddang in der Mitteilung. "Mehr als 30 unserer Gemeinden wurden beschlagnahmt und in No-Go-Zonen für unser Volk verwandelt. Darüber hinaus haben wir Tausende von Hektar Ackerland durch die zerstörerische Weidehaltung der Rinder dieser Landräuber verloren. Keines dieser Verbrechen oder Verbrecher wurde strafrechtlich verfolgt!"

Erst kürzlich, am 2. April, töteten militante islamische Fulani-Angreifer mindestens acht Menschen in den Dörfern Njukudel und Butura Wur, die beide in der Nähe des Regierungssitzes von Bokkos liegen. Diese Angriffe, die kurz nach Ostern stattfanden, ereigneten sich nur wenige Monate, nachdem die überwiegend christlichen Gemeinden während der Weihnachtszeit verheerende Angriffe militanter Fulani erleiden mussten, die mehr als 200 Menschenleben forderten.

In seiner Erklärung wies der BCDC das falsche Narrativ zurück, wonach die Angriffe mit Zusammenstößen zwischen Bauern und Hirten zusammenhängen. Die Organisation forderte außerdem die Vertreibung von Landräubern, die Beendigung der offenen Weidehaltung und den vorrangigen Schutz der Gemeinden". Der BCDC forderte die Regierungsbehörden und humanitären Organisationen auf, umgehend einzugreifen, um den vertriebenen Bewohnern Sicherheit und Hilfe zu bieten.

"Mit dieser Aktion wollen wir uns gegen diese Vorfälle stellen, die die religiöse Säuberung und den Landraub der Terroristen bestätigen, die ein Kalifat errichten wollen, das von einer extremen islamischen Ideologie beherrscht wird", heißt es in der Mitteilung.

Der BCDC besteht aus jungen Fachleuten und Rechtsaktivisten, die sich für das soziale und kulturelle Wohlergehen der Bokkos-Gemeinschaften einsetzen und die Sicherheit aller Einwohner gewährleisten wollen.

Sie betonen, wie wichtig es ist, den Frieden wiederherzustellen und weiteres Blutvergießen in der Region zu verhindern, indem konstruktive Schritte zur Lösung des Problems unternommen werden.

Anfang dieses Jahres hatte eine andere Gruppe aus dem Bundesstaat Plateau - die Berom Youth Moulders Association - die Bundesregierung ebenfalls aufgefordert, die militanten Fulani zu Terroristen zu erklären.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nigeria: Vorwurf – Nigerias Regierung tut zu wenig gegen Entführungen

Menschenrechtler: Der Westen trägt eine große Mitschuld

Abuja (IDEA) – Der Menschenrechtsaktivist und Pastor Gideon Para-Mallam (Abuja) hat den nigerianischen Präsidenten Bola Ahmed Tinubu angesichts der vielen entführten christlichen Schülerinnen zum Handeln aufgerufen und die internationale Gemeinschaft für ihr Wegsehen verurteilt. Auf dem Nachrichtenkanal X (ehemals Twitter) schrieb Para-Mallam anlässlich des zehnten Jahrestages der Entführung von 276 Chibok-Mädchen in Nigeria: „48 Eltern sind beim Kampf für ihre Töchter gestorben. 82 Chibok-Mädchen werden noch immer festgehalten. Müssen wir noch mehr Todesfälle erleben, damit die restlichen Mädchen ihre Freiheit bekommen?“ Zum Hintergrund: Am 15. April 2014 hatte die radikalislamische Terrororganisation Boko Haram 276 Mädchen zwischen zwölf und 16 Jahren aus einer Realschule in Chibok (Bundesstaat Borno) entführt. Para-Mallam kennt einige der befreiten Mädchen. Manche seien derzeit nicht bereit, über ihr Erlebtes zu reden. Um ihre Töchter zu schützen, gebe es eine Vereinigung betroffener Chibok-Eltern. Sie setze sich dafür ein, dass die Mädchen im Moment nicht mit der Presse oder anderen Personen sprechen.

Bürger müssen Schutz der Schulen selbst in die Hand nehmen

Wie der Menschenrechtler auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte, ist der Nordwesten Nigerias zum Epizentrum der Massenentführungen geworden. Die letzten Entführungen seien erst im Februar und März 2024 gewesen. „Diese anhaltenden Massenentführungen deuten darauf hin, dass die Regierung ihrer Verantwortung, einige ihrer Bürger, insbesondere unschuldige Schulmädchen, zu schützen, nicht nachgekommen ist“, so der Geistliche. Aus seiner Sicht ist es daher nicht ratsam, die Dinge allein in den Händen der Regierung zu belassen. Stattdessen rät er: „Die Schulbehörden und die Bürger Nigerias müssen sich erheben und unsere Schulen sichern. Darin liegt die Zukunft einer Nation.“ Laut Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF wurden in den vergangenen zehn Jahren mehr als 1.680 Kinder entführt. 180 kamen bei Angriffen auf Schulen ums Leben.

Internationale Gemeinschaft schaut weg

Para-Mallam weiter: „Leider muss ich sagen, dass die internationale Gemeinschaft durch ihre Nachlässigkeit und ihr Wegschauen mitschuldig ist.“ Die Regierungen in den Hauptstädten Europas, aber auch die in Washington, Peking und Moskau hätten nicht genug getan, um sowohl die nigerianische Regierung zur Verantwortung zu ziehen als auch den Bürgern direkte Unterstützung für deren Schutz anzubieten. Damit würden auch automatisch die Schulen gesichert, so Para-Mallam. „Ich denke, dass Geschäftsinteressen und billiges Öl dem Westen mehr Sorgen bereiten als das Leben der Nigerianer.“ Der Westen dulde in Nigeria und Afrika, was er in Europa oder Amerika niemals dulden könne. Para-Mallam kritisierte ferner, dass der religiöse Aspekt als wesentlicher Grund für die Massenentführungen nicht gesehen werde. Er setze sich sowohl für Christen als auch für Muslime ein, aber Tatsache sei nun einmal, dass es vornehmlich christliche Mädchen treffe. Die wenigen entführten Musliminnen kämen in der Regel relativ schnell frei. Die christlichen Mädchen hingegen seien täglich in den Lagern der Terroristen sexueller Gewalt und Missbrauch ausgesetzt. Im Weltverfolgungsindex der christlichen Organisation Open Doors liegt Nigeria auf Rang sechs. Von den knapp 230 Millionen Einwohnern des Landes sind jeweils rund 46 Prozent Kirchenmitglieder oder Muslime.

Pakistan: Opfer der Unruhen in Jaranwala bekommen Hilfe

IIRF-D/BA/Tübingen/18.04.24 - "Wir haben keine Worte, um unserem liebenden Gott und Barnabas Aid zu danken für dringend benötigte Wintervorräte" sagte Farooq, ein Christ in Jaranwala, als die zweite Hilfslieferung an Familien verteilt wurde, die bei den antichristlichen Unruhen im August 2023 ihre Häuser und ihr Hab und Gut verloren hatten.

Barnabas Fund versorgte 172 Familien (1 032 Personen), die am schlimmsten von der Verwüstung betroffen waren, mit Lebensmitteln und warmer Bettwäsche, um ihnen über die kalten Wintermonate zu helfen. In Phase 1, zwei Wochen nach den Unruhen, erhielten dieselben Familien Lebensmittel, Hygienesets und Haushaltsgegenstände.

Mindestens 24 Kirchen und mehrere Dutzend kleinere Kapellen wurden in Brand gesteckt, und die Häuser von mehr als 100 Gläubigen wurden von einem muslimischen Mob niedergebrannt, geplündert oder verwüstet, der im christlichen Viertel von Jaranwala wütete, nachdem er fälschlicherweise behauptet hatte, zwei christliche Brüder hätten Seiten des Korans zerrissen.

Sonntagsschullehrerin Shazia ist Gott dankbar, dass ihr zerstörtes Haus im Rahmen eines von der pakistanischen Regierung finanzierten Entschädigungsprogramms wiederaufgebaut wurde. Die Mittel reichten jedoch nicht aus, um den verlorenen Besitz zu ersetzen, einschließlich der Bücher und Materialien, die sie für den Unterricht in der Sonntagsschule verwendete. "Uns fehlen Möbel und Einrichtungsgegenstände", sagte sie. "Wir danken Barnabas für die Verteilung der dringend benötigten Wintervorräte und Lebensmittel in diesem kalten Winter. Unser Glaube an Christus wurde durch diese Katastrophe gestärkt, unsere Hoffnung auf seine fürsorgliche Kirche gestärkt und unsere Beziehung zu liebevollen Menschen Gottes wiederhergestellt."

Martha verlor nach den Unruhen aufgrund ihres Glaubens ihren Job als Kantinenleiterin an einer muslimischen Schule. Seitdem ist sie auf die kleine Rente ihres verstorbenen Vaters und den guten Willen anderer Christen angewiesen, um ihre Bedürfnisse und die ihres arbeitslosen Bruders, bei dem sie lebt, zu decken. "Wir hatten nur noch Lebensmittel für zwei Tage in unserem Haus und beteten inständig um ein Wunder", sagte sie.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/christian-victims-of-jaranwala-riots-praise-god-for-second-delivery-of-a/>

Polen: 50.000 Teilnehmer beim „Marsch für das Leben“

Sie wandten sich gegen Pläne der neuen Regierung, Abtreibung zuzulassen

Warschau (IDEA) – Rund 50.000 Menschen sind am 14. April beim polnischen „Marsch für das Leben“ durch die Hauptstadt Warschau gezogen. Das berichtete die Nachrichtenagentur Catholic News Agency (CNA). Die Teilnehmer demonstrierten für den Schutz ungeborener Kinder und gegen Gesetzesvorschläge, Abtreibung zuzulassen. Sie ist bisher in Polen fast vollständig verboten. Das polnische Parlament billigte am 12. April Vorschläge, das Abtreibungsverbot aufzuheben. Dazu gehört auch ein Entwurf der weltanschaulich liberalen Partei des seit Dezember 2023 regierenden Ministerpräsidenten Donald Tusk, Abtreibungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche zu erlauben. Damit ein entsprechendes Gesetz in Kraft treten kann, muss es jedoch vom polnischen Präsidenten, dem Katholiken Andrzej Duda, gebilligt werden. Der konservative Politiker amtiert seit 2015. Im März 2024 weigerte sich Duda, ein Gesetz zum vereinfachten rezeptfreien Zugang zur „Pille danach“ zu unterzeichnen. Der Marsch für das Leben wurde von der St-Benedikt-Stiftung organisiert und von der katholischen Polnischen Bischofskonferenz offiziell unterstützt. Deren Vorsitzender, Erzbischof Tadeusz Wojda (Danzig), hatte im Vorfeld erklärt, das Leben sei „ein Geschenk Gottes und als solches ein unveräußerliches Recht jedes Menschen, weshalb es in jeder Phase seiner Entwicklung geschützt und unterstützt werden muss“.

Sudan: Vor einem Jahr begann der Bürgerkrieg

Khartoum (Fides) – Rund 16.000 Tote und über 8 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge: die schwerste Vertreibungskrise der Welt. Diese Zahlen veranschaulichen die humanitäre Tragödie des vergessenen Krieges im Sudan, der vor genau einem Jahr, am 15. April 2023, ausbrach, als nach monatelangen Spannungen die etwa 300.000 Mann starke reguläre Armee (SAF,) unter der Führung von General Abdel Fattah al-Burhan und die paramilitärische Miliz der „Rapid Support Forces“ (RSF) unter Leitung von Mohamed Hamdan "Hemedti" Dagalo mit etwa 100.000 Mann in Konflikt gerieten.

Es ging um die Integration der RSF in die nationale Armee, insbesondere den Zeitpunkt der Integration und die Kommando- und Kontrollstruktur. Der Konflikt, der in der Hauptstadt Khartoum begann, breitete sich bald auf Darfur, die Hochburg der RSF, und dann praktisch auf das ganze Land aus. In Darfur nahm der Krieg sofort eine ethnische Dimension an und legte unverheilte Wunden aus dem vorangegangenen Konflikt zu Beginn der 2000er Jahre frei. Die RSF sind aus den berüchtigten arabischen Dschandschawid aus berittenen Kämpfern hervorgegangen, die das vorherige Regime von Omar al Bashir zur Unterdrückung der nicht-arabischen Bevölkerung in dieser riesigen Region im Westen des Sudan eingesetzt hatte. Zu den beiden Kriegsparteien, SAF und RSF, gesellten sich dann die verschiedenen bewaffneten Gruppen, die bereits im Sudan präsent waren und sich der einen oder anderen Seite anschlossen.

Der Krieg hat die Landwirtschaft des Landes verwüstet, so dass zu den oben genannten Zahlen noch die rund fünf Millionen Menschen hinzukommen, die vom Hungertod bedroht sind, und die 18 Millionen, die sich in einer schweren Nahrungsmittelkrise befinden.

Und Lebensmittel sind zu einer Waffe geworden: Beide Kriegsparteien verhindern, dass Konvois mit Nahrungsmittelhilfe, die von humanitären Organisationen geschickt werden, in die vom Gegner kontrollierten Gebiete fahren.

Die Vorwürfe über schwere Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und die Milizen häufen sich, darunter sexuelle Gewalt, Folter und Massenhinrichtungen.

Die beiden Fraktionen scheinen sich nicht an den Verhandlungstisch setzen zu wollen, weil sie beide glauben, den Konflikt gewinnen zu können. Auch die Unterstützung von außen, die beide erhalten, könnte das Kalkül der beiden rivalisierenden Anführer beeinträchtigen. Die RSF wird von russischen Söldnern aus der ehemaligen Wagner-Group, von den Vereinigten Arabischen Emiraten, die Hilfe über die Zentralafrikanische Republik, den Tschad und die libysche Cyrenaika schicken, unterstützt. Die reguläre Armee wird hingegen von Ägypten, der Türkei und dem Iran unterstützt (iranische Drohnen wurden kürzlich für Angriffe auf die SFR eingesetzt), während die ukrainischen Spezialeinheiten gelegentlich Videos veröffentlichen, in denen sie russische Söldner, die die SFR unterstützen, treffen. Auf dem sudanesischen Kriegsschauplatz, inmitten einer nicht enden wollenden humanitären Tragödie, kommt es zu einer seltsamen Vermischung (L.M.) (Fides 15/4/2024)

Tansania: Überschwemmungen in Rufiji

Hunderte von Vertriebenen, zerstörte Ernten, Bevölkerung von Epidemien und Unterernährung bedroht

Muhoro (Fides) - Die Region Rufiji im Westen Tansanias ist mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert, und der Bezirk steht vor einer der schlimmsten humanitären Krisen. Tausende von Menschen benötigen sofortige humanitäre Hilfe in verschiedenen Bereichen, darunter Gesundheitsversorgung, Ernährung, Trinkwasser und Abwasserentsorgung. Es besteht die Gefahr einer Ausbreitung von durch verschmutztes Wasser übertragenen Krankheiten.

Dies berichtet das Hilfswerk der Kamillianer-Missionare „Camillian Disaster Service International“ (CADIS), der Organisation, die sofort eingreift, um den Tausenden von Vertriebenen zu helfen, die von den Überschwemmungen schwer betroffen sind.

Laut einer Mitteilung von CADIS, die Fides vorliegt, haben die jüngsten Überschwemmungen vom 4. April 2024 große Verwüstungen angerichtet und Tausende von Familien vertrieben, die nun dringend auf Hilfe angewiesen sind. Häuser wurden zerstört, Ernten weggeschwemmt und der Zugang zu Trinkwasser und wichtigen Dienstleistungen wurde unterbrochen. Besonders gefährdet sind die schwächsten Mitglieder der Gemeinschaft, darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen, die dringend Unterstützung benötigen. Im Distrikt Muhoro, wo 75 Prozent des Gebiets unter Wasser stehen, sind etwa 17 000 Menschen betroffen: sie wurden obdachlos und leben nun in Grundschulgebäuden ohne Grundversorgung. Im Bezirk Chumbi wurden etwa 1.000 Menschen vertrieben. Die diesjährigen Überschwemmungen haben 28.374 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche überflutet und Ernten wie Mais, Reis, Sesam und Bananen vernichtet.

Das Büro von CADIS in Tansania setzt sich gemeinsam mit der Regierung, der lokalen Bevölkerung und humanitären Organisationen für die Bewältigung dieser Notsituation und die Verringerung der hohen Krankheits- und Sterberaten ein, die durch schlechte Ernährung und sanitäre Einrichtungen sowie den Mangel an sauberem Wasser in den Unterkünften und Evakuierungszentren für Binnenvertriebene verursacht werden. Die Kamillianer-Organisation wird sich vor allem in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene, insbesondere für Mütter und Kinder, engagieren sowie Wasserreinigungstabletten, provisorische Toiletten, Handwaschanlagen und Kleidung bereitstellen. Aufgrund der geografischen Lage und der saisonalen Niederschlagsmuster ist das Gebiet seit jeher überschwemmungsgefährdet. Die Situation hat sich durch den Bau und den Betrieb des Nyerere-Wasserkraftwerks verschärft. Einerseits stellt der Staudamm eine wichtige Quelle erneuerbarer Energie für Tansania dar, andererseits hat er den natürlichen Flusslauf des Rufiji verändert und damit die Gefahr von Überschwemmungen in Zeiten starker Regenfälle erhöht.

(AP) (Fides 15/4/2024)

Uganda: Christin ermordet - Evangelist verletzt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/18.04.24 - Der muslimische Bruder einer 19-jährigen Frau im Osten Ugandas tötete sie am 29. März, weil sie sich zum Glauben an Christus bekannte.

Namukuve Sawuya war durch die Christian Union Fellowship an ihrer High School zum Glauben gekommen, so ein Verwandter. Als ihr Vater, der 60-jährige Alhaji Muzamiru, merkte, dass sie während des Ramadan nicht an den muslimischen Gebetszeiten teilnahm, wurde er wütend und rief sie und ihre sechs Geschwister in ihrem Haus im Dorf Nawaningi, Bulamagi Sub-County, Iganga District, zusammen und fragte sie, warum sie nicht an den Gebeten teilgenommen habe, so die.

"Namukuve antwortete, dass sie zum Propheten Issa [Jesus Christus] konvertiert sei", so der Verwandte. "Dies verärgerte ihren älteren Bruder, Abdul Rahim Munaabi. Er nahm einen Holzstuhl und schlug ihr auf den Kopf. Sie schrie einmal auf und sagte: 'Oh Mama' und hörte dann auf zu atmen."

Ihre Mutter war an diesem Tag unterwegs, um einen kranken Verwandten in Naluwerere zu besuchen.

"Namukuves Leiche wurde in einem Sumpf in der Nähe des Flusses Naigombwa entsorgt", so der Verwandte.

Reisbauern entdeckten sie dort und informierten die Polizei. Die Beamten brachten die Leiche zur Autopsie in eine Leichenhalle und starteten eine Untersuchung.

Im Nachbardistrikt Mayuge gab es am 29. März einen weiteren Vorfall.

Muslimische Extremisten schlugen einen Christen zusammen, der auf einem Markt predigte. Der Angriff ereignete sich nach dem Karfreitagsgottesdienst um etwa 17.30 Uhr, sagte Moses Mweru, der Wambi begleitete. "Als wir im Handelszentrum von Kyoga ankamen, begannen wir, die Botschaft vom gekreuzigten Christus zu predigen", sagte Mweru gegenüber Morning Star News. "Zwei Muslime kamen und stellten uns viele Fragen und sagten, dass es uns nicht erlaubt sei, während des heiligen Monats Ramadan im Kyoga-Zentrum zu predigen. Wir hatten keine Zeit, ihre Fragen zu beantworten, und sofort begannen sie, uns mit Stöcken zu schlagen."

Timothy Wambi, ein 26-jähriger Vater von zwei Kindern, verlor bei dem Angriff im Handelszentrum von Kyoga sein Motorrad, das die Angreifer in Brand setzten, sagte Pastor Jimmy Tibiringwa.

"Mein Freund wurde schwer verprügelt, blutete an der Stirn und erlitt einen Bruch der linken Hand", so Mweru, der fliehen konnte. "Ein örtlicher Anführer rettete uns und rief die Sicherheitskräfte an, die sofort eintrafen, doch da war unser Motorrad schon in Brand gesetzt."

<https://morningstarnews.org/2024/04/young-christian-woman-killed-by-muslim-family-member/>

Uganda: Evangelist ermordet – Mutter und Tochter verletzt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/18.04.24 - Ronald Twinomugisha, 32, aus dem Dorf Busei B, Nakalama Sub-County im Distrikt Iganga, erhielt Drohungen per SMS von Muslimen, bevor er am 30. März zu Tode gehackt wurde.

Im Februar 2022 war er aus dem Westen Ugandas in das Gebiet gezogen und hatte vier Muslime zu Christus geführt. Diese verließen aufgrund von Drohungen ihrer Familien ihr Dorf.

"Im März 2023 kam Twinomugisha in mein Büro und berichtete von Drohbotschaften von Muslimen", sagte der Gebietsvorsitzende Gozan Waiswa gegenüber Morning Star News. "Sie beschwerten sich, dass er zum Christentum übergetreten sei."

Am 30. März sahen Nachbarn, wie islamisch gekleidete Männer das Haus von Twinomugisha betraten, so eine Quelle aus der Gegend.

"Gegen 20 Uhr hörte ich einen Alarm und einen Hilferuf, gefolgt von einem lauten Knall, der wie das Spalten von Brennholz klang", sagte die Quelle, deren Identität aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden soll. "Es war ein lautes Wimmern mit den Worten: 'Bitte töte mich nicht! Bitte tötet mich nicht! Ich arbeite für Jesus Christus! Bitte, Jesus ist derjenige, der mich geschickt hat!' Ich hatte Angst, aus dem Haus zu kommen, aber kurz darauf hörte die Stimme auf."

Am nächsten Morgen fanden Nachbarn die Leiche von Twinomugisha in einer Blutlache vor seinem Grundstück.

Die Angreifer hinterließen einen Zettel, auf dem stand: 'Du hast die Muslime in die Irre geführt und sie zu einer falschen Religion vom Kurs und Weg Allahs geführt'.

Die Polizei fahndet nach vier Verdächtigen.

Twinomugisha hatte mit der Herstellung von Seife seinen Lebensunterhalt bestritten und vielen jungen Menschen bei der Herstellung von Seife geholfen.

Ein 2. Vorfall ereignete sich im benachbarten Namutumba-Distrikt am 25. März.

Die 33-jährige Zafara Nagudi betete mit der 10jährigen Tochter in ihrer Küche. Eine weitere Tochter, 7 Jahre alt, war im Haus von Verwandten.

"Ich hatte Wasser aufgesetzt, um Hirsebrod zuzubereiten, das kurz vor dem Siedepunkt stand", so Nagudi gegenüber Morning Star News. "Plötzlich sah ich meinen Mann an der Küchentür und wir hörten sofort auf zu beten." Er fragte sie, was sie da taten, und sie hatte keine Antwort, sagte sie. Er stellte ihr immer wieder dieselbe Frage. "Schließlich sagte ich ihm die Wahrheit, dass wir zu Jesus Christus beten, damit er unserer Familie hilft", so Nagudi. "Er wurde sehr wütend und sagte: 'Ich habe alles gehört und bin überrascht! Bist du eine Christin oder eine Muslimin?'" Sie erzählte ihm, dass sie vor sechs Monaten zum Christentum konvertiert sei.

"Daraufhin hat er mich geohrfeigt und getreten, während er mich schlug", sagte Nagudi. "Da er in der Tür stand, konnten wir nicht weglaufen. Er schnappte sich den Topf mit heißem Wasser und schüttete es über mich und das Kind."

Mujjibu verließ das Haus in dem Glauben, er habe sie getötet, sagte sie. Sie schaffte es, ihr Telefon zu erreichen und ihre Schwester in einem nahe gelegenen Dorf anzurufen, die bald darauf eintraf, um die beiden in eine Klinik zu bringen, wo sie medikamentös behandelt wurden.

Nagudi erlitt weniger schwere Verbrennungen, da sie schwerere Kleidung trug, aber ihre Tochter in leichter Kleidung erlitt schwerere Verbrennungen.

Sie wurden am 3. April aus der Klinik entlassen und kamen bei einem Verwandten unter.

Die Angriffe waren der jüngste von vielen Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

<https://morningstarnews.org/2024/04/christian-slain-mother-and-daughter-burned-for-their-faith/>

Uganda: Muslim soll seine christliche Mutter getötet haben

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/18.04.24 - Ein Moslem im Osten Ugandas wird verdächtigt, seine Mutter letzte Woche getötet zu haben, indem er ihr Pestizide ins Essen mischte, weil sie sich weigerte, ihren christlichen Glauben zu verlassen, so ein Verwandter.

Sulaina Nabirye, 50, aus Kamuli, hatte sich am 10. Februar zum christlichen Glauben bekannt, und seitdem hatte ihr 31-jähriger Sohn versucht, sie zur Rückkehr zum Islam zu überreden, sagte ein Verwandter, dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird.

"Während des Ramadan beschwerte sie sich darüber, dass ihr Sohn sie bedrängte, nicht mehr in die Kirche zu gehen und zum Islam zurückzukehren, da er in der Bugembe-Moschee zum Imam ausgebildet wurde. Als sie sich weigerte, wieder zum Islam zu konvertieren, drohte er, sie zu verfolgen oder sogar zu töten. Sie hatte jedoch Frieden und Freude und wurde durch Predigten ihres Pastors ermutigt."

Die Drohungen von Nabiryees Sohn, Arajabu Mukiiibi, der eine Ausbildung zum Imam durchläuft, verstärkten sich während des Ramadan. Am 9. April besuchte er seine Mutter, um ihr mitzuteilen, dass seine Frau Abendessen für sie zubereiten würde.

"Um 19 Uhr kam er mit Essen, das er uns gab, und ging wieder", so der Verwandte, der ebenfalls anwesend war. "Ich habe gebetet und gefastet, also habe ich das Essen nicht gegessen. Kurz nach dem Essen begann Sulaina zu erbrechen und bekam Durchfall. Es wurde immer schlimmer. Ich rief einen Mitarbeiter der nahe gelegenen Klinik an, der mit Medikamenten kam. Er versuchte, sie an einen Tropf zu hängen, aber alles war vergeblich."

Nabirye starb in am 10. April um 2 Uhr morgens.

Der Verwandte fand seltsam, dass Sohn und Schwiegertochter nicht zum Essen blieben, obwohl sie in der Nähe wohnen. Er ließ das Essen in einer Klinik untersuchen. Es enthielt Methanol, einen giftigen Alkohol, der als industrielles Lösungsmittel und Pestizid verwendet wird.

Nabirye, deren Ehemann 2019 bei einem Autounfall ums Leben kam, hinterlässt ein zweites erwachsenes Kind. Sie besuchte jeden Sonntag die Gottesdienste, nachdem sie sich zum Glauben an Christus bekannt hatte

"Am 9. Februar sprach ich mit ihr über den christlichen Glauben, und am nächsten Tag besuchten wir eine Predigt unter freiem Himmel", sagte der Verwandte. "Nach der Predigt bat sie den Pastor, für sie zu beten. Sie nahm Jesus als Herrn und Retter an."

Die Ermordung war der letzte von vielen Fällen von Christenverfolgung in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Ugandas Verfassung und andere Gesetze sehen Religionsfreiheit vor, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zum anderen zu konvertieren. Muslime machen etwa 12 Prozent der ugandischen Bevölkerung aus.

<https://morningstarnews.org/2024/04/muslim-suspected-of-killing-his-christian-mother-relative-says/>

Ukraine: Hunderte Kinder bei Leihmüttern bestellt und nicht abgeholt

Bioexperte Christoph von Ritter sprach bei CDL-Frühshoppen in München

München (IDEA) – Auf die negativen Folgen der Reproduktionsmedizin hat der Bioexperte Prof. Christoph von Ritter aufmerksam gemacht. Er sprach am 13. April in München beim diesjährigen Frühshoppen der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) in Bayern. Die „Produktion“ von menschlichen Embryonen im Labor sei nicht nur kritisch zu sehen hinsichtlich der geringen Erfolgsquote sowie der immensen gesundheitlichen Belastungen und Risiken für die Frau, sondern auch wegen der Selektion und dem Umgang mit den unerwünscht hergestellten Embryonen. Zur Problematik der Leihmutterschaft sagte von Ritter, dass Hunderte bestellter Kinder in der Ukraine während der Corona-Zeit und wegen des Ukraine-Krieges nicht abgeholt wurden. Der Ex-Chefarzt der Romed Klinik Prien am Chiemsee ging ferner auf die Folgen der Reproduktionsmedizin in China ein. Das Land habe zunehmend ein Problem damit, dass es durch geschlechtsselektive Abtreibungen viel zu wenig Frauen gebe. Sie müssten nun aus Nordkorea „importiert“ werden. Die Publizistin Birgit Kelle sagte, Lebensschützer setzten sich für „100 Prozent Menschenwürde“ ein: „Denn wir blenden keinen aus.“ Die bayerische CDL-Landesvorsitzende Christiane Lambrecht (Murnau), rief dazu auf, sich für die Schwächsten der Gesellschaft zu engagieren: „Der Einsatz für die unendliche Würde eines jeden Menschen bleibt eine tägliche Herausforderung. Denn: Every life matters!“ (Jedes Leben zählt).

Vietnam: Beamter leugnet öffentlich religiöse Diskriminierung

IIRF-D/ICC/Tübingen/18.04.24 - Während einer Pressekonferenz am 11. April bestritt Nguyen Van Ky, stellvertretender Vorsitzender des Regierungsausschusses für religiöse Angelegenheiten in Vietnam, jegliche Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glauben.

"Religiöse Organisationen in Vietnam haben vorteilhafte Bedingungen erhalten, um im Einklang mit ihren Satzungen und Statuten sowie den gesetzlichen Bestimmungen zu arbeiten", sagte Nguyen. "Der Staat hat immer darauf geachtet und Bedingungen geschaffen, dass alle Religionen ihre Aktivitäten normal ausüben können."

Nguyen erwähnte nicht die schwere Verfolgung, unter der zahlreiche religiöse und ethnische Minderheiten in ganz Vietnam leiden.

Die traditionell christlichen Volksgruppen der Hmong und der Montagnard beispielsweise sind ständiger Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt. Mehrere Berichte, darunter der Jahresbericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (United States Commission of International Religious Freedom, USCIRF), dokumentieren zahlreiche Fälle von Gewalt gegen diese beiden Gruppen, insbesondere durch "Schikanen, Verbot friedlicher religiöser Aktivitäten, Verhöre und Androhung von Haftstrafen, Verhängung hoher Geldstrafen und Nötigung, ihre Konfessionen zu verleugnen und zu verlassen und stattdessen staatlich kontrollierten protestantischen Organisationen beizutreten".

Aus diesen Gründen hat die USCIRF der Regierung der Vereinigten Staaten empfohlen, Vietnam schon vor 22 Jahren, beginnend im Jahr 2002, als besonders besorgniserregendes Land einzustufen.

USCIRF gibt diese Empfehlungen jährlich auf der Grundlage des Internationalen Religionsfreiheitsgesetzes von 1998 ab, das den US-Präsidenten verpflichtet, jede Regierung, die "besonders schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit begangen oder geduldet hat", als besonders besorgniserregendes Land einzustufen.

Die US-Regierung behält diese Einstufung Regierungen vor, die die schwersten Verstöße begehen, und ernennt im Durchschnitt nur acht Länder pro Jahr. Vietnam wurde zwar in der Zwischenzeit nur dreimal zu einem solchen Land ernannt, aber die Experten des USCIRF für Religionsfreiheit haben befunden, dass der Status Vietnams in Bezug auf die Religionsfreiheit der höchsten Einstufung würdig ist.

Nguyens Äußerungen beleidigten viele vietnamesische religiöse Minderheiten und andere mit dem Land verbundene Personen.

Quelle: International Christian Concern; <https://www.persecution.org/2024/04/13/vietnam-official-publicly-denies-religious-discrimination/>

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]